

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Křižkova 15. • Telefon: 20705, 31409. • (Nachdruck): 20707 • Postbesand: 57544

11 Jahrgang.

Freitag, 4. Dezember 1931

Nr. 282.

Ministerrat.

Prag, 3. Dezember. Der Ministerrat hielt heute nachmittags seine regelmäßige Sitzung ab und behandelte die Tagesordnung der laufenden Verwaltungs-, Wirtschafts- und Personalangelegenheiten.

Es wurden einige aktuelle handelspolitische Fragen beraten, insbesondere das Zusatzabkommen zum Handelsabkommen mit den Niederlanden und die Richtlinien für die Konferenz von Regierungsvorstreitern der Agrarstaaten Mittel- und Osteuropas, die für die erste Hälfte Dezember nach Sofia einberufen ist, genehmigt.

Genehmigt wurde ein Regierungsentwurf über die zeitweise Außerkräftsetzung des Gesetzes über die Proterzeugung, der der Nationalversammlung vorgelegt wird.

Schließlich befahte sich der Ministerrat mit den Berichten, die aus den Beratungen der Wirtschaftsminister hervorgegangen sind.

Die Krise in der Glas- und Keramikindustrie.

Leistung der freien Gewerkschaft: in sechzehn Monaten über elf Millionen Arbeitslosenunterstützung.

Der „Glas- und Keramikarbeiter“ schreibt: Die Krise, die schon Anfang 1930, besonders in der Glasindustrie, ihre Schatten vorauswarf, legte im zweiten Halbjahr 1930 mit besonderer Schärfe ein und wurden von ihr die Glas- sowie Keramikindustrie erfaßt. Das Jahr 1931 brachte keine Besserung, sondern in beiden Industriezweigen eine weitere Verschlechterung. Die Arbeitslosigkeit ist ins ungeheure gestiegen. Wenn wir bereits 1930 10.443 Fälle von Arbeitslosenunterstützung zu verzeichnen hatten, so stieg die Zahl bereits in den ersten neun Monaten 1931 auf 14.039 Unterstützungsfälle, so daß praktisch gewonnen im Jahre 1931 in den ersten neun Monaten bereits für 94,6 Prozent unserer Gesamtarbeitskraft Anweisungen auf Arbeitslosenunterstützung ausgestellt werden mußten. Im ganzen Jahr 1930 hatten wir 226.361 Unterstützungstage auszuweisen, während in den ersten neun Monaten 1931 bereits 497.598 Unterstützungstage zu verzeichnen sind. Seit dem Bestehen des Verbandes der Glas- und Keramikarbeiter, also in einer Zeit von sechzehn Monaten, wurden 11.373.970,90 K an Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt, wovon auf die gewerkschaftliche Unterstützung 3.543.775,95, auf den Staatsbeitrag 7.830.194,95 K entfallen.

Sozialdemokraten beim Reichskanzler.

Berlin, 3. Dezember. Die Hauptvertreter der sozialdemokratischen Partei, Dr. Breitfheid, Dr. Hilferding und Dr. Berg, haben sich heute nachmittag zum Reichskanzler Dr. Brüning begeben. Von dieser Unterredung, in der vor allem die sozialen Forderungen der SPD betont werden sollen, dürfte die Gestaltung der neuen Reichsverordnung in ihrem letzten Stadium nicht unwesentlich abhängen.

Einfuhrbeschränkungen in Holland.

Amsterdam, 3. Dezember. Die Zweite Kammer hat den Gesetzentwurf einstimmig angenommen, der der Regierung die Befugnis erteilt, gegebenenfalls für bestimmte Einfuhrwaren zeitlich begrenzte Kontingenterungsmaßnahmen zu treffen. Die Annahme ist von der Kammer aber davon abhängig gemacht worden, daß alle Einfuhrbeschränkungen der Kontrolle des Parlaments unterworfen sind und daß das Gesetz spätestens am 1. Jänner 1932 seine Gültigkeit verliert.

Politische Schieberei — drei Tote.

Hagen in Westfalen, 3. Dezember. Das hiesige Schwurgericht beschäftigt sich seit dem 25. November mit einer politischen Schieberei, die sich im Mai d. J. nach einer nationalsozialistischen Versammlung in der Stadthalle in Hagen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten ereignete. Drei Personen wurden damals getötet, mehrere verletzt. Angeklagt sind acht Angehörige der KPD, SA-Leute aus Dortmund, die an der Versammlung der KPD in Hagen teilgenommen hatten. Nach einer umfangreichen Zeugenvernehmung beantragte heute vormittag der Staatsanwalt gegen die Angeklagten Gefängnisstrafen von insgesamt 54 Jahren.

Für die Verkürzung der Militärdienstzeit.

Zwei wichtige Anträge der sozialdemokratischen Abgeordnetenklaus.

Die unablässigen Bemühungen der sozialdemokratischen Parteien für die Verkürzung haben nun ihren Ausdruck in zwei parlamentarischen Anträgen gefunden, von denen der eine die Verkürzung der Dienstzeit von 18 auf 12 Monate, der andere den Ausfall der Randver im Jahre 1932 anstrebt. Diese beiden Anträge sind nicht nur ein Beweis dafür, daß die sozialdemokratischen Parteien alles daran setzen, um ihre grundsätzliche Einstellung zu den Problemen des Militarismus auch als Regierungsparteien Geltung zu verschaffen, sondern sie zeigen auch in erfreulicher Weise das Bild des gemeinsamen und geschlossenen Vorgehens der beiden sozialdemokratischen Parteien. Die feste Entschlossenheit, nicht das Ergebnis der Genfer Abrüstungskonferenz abzuwarten, ihre vielmehr beispielgebend voranzugehen, ist sicherlich auch international von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Der Antrag auf Verkürzung der militärischen Dienstzeit lautet:

Antrag der Abgeordneten Bohl, Heeger, Humelshans, Stöwin, Erba, Wl. Dr. Winter und Genossen auf Verkürzung des militärischen Präsenzdienstes. Die Unterzeichneten stellen den Antrag: Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

„Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen: womit die Bestimmungen des Wehrgesetzes über die Dauer des Präsenzdienstes geändert werden.“

§ 1. Der erste Satz des § 17 des Gesetzes vom 13. März 1930, Nr. 163, wird wie folgt abgeändert:

„Der regelmäßige Präsenzdienst dauert 12 Monate.“

§ 2. Das Gesetz vom 8. April 1927, Nr. 51, Zio. d. G. u. B., wird aufgehoben.

§ 3. Das Gesetz tritt am Tage der Kundmachung in Kraft. Seine Durchführung obliegt dem Minister für nationale Verteidigung.

Begründung: Die außerordentliche wirtschaftliche Not erfordert dringend, daß die größten Ersparungen in

den Ausgaben des Staates durchgeführt werden. Der Aufwand für die Erhaltung der Wehrmacht bildet den größten Voranschlagsposten. Durch Verkürzung des militärischen Präsenzdienstes würden große Ersparungen des Ministeriums für nationale Verteidigung und an den Staatsausgaben erzielt werden, ganz abgesehen davon, daß sie ein neuer Beweis für die friedliebenden Bestrebungen unseres Staates wäre und zugleich ein beispielgebendes Muster für die Abrüstungskonferenz, die im nächsten Jahre in Genf stattfinden soll.

Prag, den 1. Dezember 1931.

Der zweite Antrag hat folgenden Wortlaut:

Antrag der Abgeordneten Bohl, Heeger, Humelshans, Stöwin, Erba, Wl. Dr. Winter und Genossen betreffend das Unterbleiben militärischer Übungen. Die Unterzeichneten stellen den Antrag:

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Regierung wird aufgetragen, geeignete Maßnahmen zu treffen, damit im Jahre 1932 die militärischen Schießübungen (Raubver) nicht stattfinden. Ebenso sind die Reservisten in diesem Jahre nicht zu Übungen einzuberufen.

Gründe:

Die militärischen Schießübungen erfordern alljährlich große Kosten. In der schweren Situation, in der sich der Staat befindet, ist es notwendig, daß bei jeder Gelegenheit und in allen Zweigen der Staatsverwaltung an Ersparungen gedacht wird. Wenn im kommenden Jahre keine militärischen Schießübungen stattfinden, so werden dadurch mehrere Millionen Kronen erspart, die für soziale Zwecke und zur Unterstützung der Arbeitslosen verwendet werden können.

Prag, den 1. Dezember 1931.

Die von uns bereits gestern wiedergegebene Meldung über die Ankündigung der Verkürzung der Dienstzeit auf 14 Monate durch das Ministerium für nationale Verteidigung zeigt, daß die Arbeit der sozialdemokratischen Parteien auch in der Regierung schon ihre Wirkungen ausgeübt hat. Die Frage der Dienstzeitverkürzung ist damit in ein aktuelles Stadium getreten.

Annahme des Budgets für 1932.

Ungewohnt ruhige Abstimmung. Nächste Woche stimmungsfrei.

Prag, 3. Dezember. Das Abgeordnetenhaus hat heute in den Mittagsstunden nach dem Schlusswort des Referenten gemäß dessen Anträgen das Finanzgesetz und den Staatsboranschlag für 1932 unbedingten angenommen. Die Abstimmung, die eine Stunde in Anspruch nahm, verlief vollkommen ruhig und ohne jede Störung.

Die Debatte war schon gestern gegen 10 Uhr nachts abgeschlossen worden; die ursprünglich noch für heute angesetzte Rede des Nationaldemokraten Dr. Hobas entfiel. Es sprach heute früh nach Verteilung der Änderungsanträge sofort der Referent Dr. Planitz, der die unbedingte Annahme des Budgets empfahl.

Im Schlusswort beschäftigte sich der Referent u. a. mit der Forderung nach Reform der Staatsverwaltung. Es sei ein Fehler, daß man da nicht schon zur Tat übergegangen sei; es wäre Pflicht der Regierung, einen Gesetzentwurf einzubringen, der die Kompetenz der einzelnen Ministerien und der aller Staatsämter präzisiert und rationell aufteilt, damit die überflüssige Wabänderung der Akten von einem Ressort zum andern aufhöre.

Seine Ausführungen über die Notwendigkeit einer guten Armee hätten einen altösterreichischen General seinerzeit bei der Kaisergeburtstagsfeier über alle Ehren eingelegt. Zum Punkt „Wirtschaftsmaßnahmen“ nahm sich der Referent wieder ganz der Abrüstologie Laubachy und der „Arbeitslosenfrage“ an.

Berechtigter Klage führte der Referent dann über die hohe Preispannung zwischen Produktion, Großhandel und Konsum: der Preiskurs in landwirtschaftlichen Produkten sei direkt katastrophal, aber im Konsum zeige er sich über-

haupt nicht. Bei den Sachausgaben im Budget werde man noch einen ordentlichen Abstrich vornehmen müssen; wenn nur eine Herabsetzung von fünf Prozent durchgeführt werde, so könnte das zusammen mit den bereits durchgeführten Sparmaßnahmen im Personalsbudget 540 Millionen einbringen.

Bei der Abstimmung hatten die Kommunisten einmal die Stimmenzählung beantragt; es handelte sich um die von ihnen verlangte Streichung der Kultusaussgaben. Das Resultat war, daß ganze elf Stimmen sich für ihren Antrag aussprachen, während ihr Klub allein 30 Abgeordnete zählt, so daß also zwei Drittel fehlten! Angesichts dieser Sachlage verzichteten sie diesmal auf die sonst üblichen theatralischen Empörungsszenen und verhielten sich direkt ungewohnt ruhig.

Alle 292 oppositionellen Änderungsanträge verfielen der Ablehnung. Von den eingebrachten Resolutionen wurden nur die im Ausschussbericht empfohlenen, die wir bereits seinerzeit angeführt haben, angenommen; einige weitere wurden dem Budgetausschuss zugewiesen, der Rest abgelehnt.

Die achtstägige Frist wurde den Ausschüssen eine Reihe von Senatsbeschlüssen zugewiesen. Es handelte sich um die Ausforderung, Elementarlastatrapen und die Abänderung einiger strafrechtlicher Bestimmungen. Diese Vorlagen sowie der Handelsvertrag mit der Türkei bilden die Tagesordnung der für Montag, den 14. Dezember, 3 Uhr nachmittags anberaumten nächsten Sitzung. Die nächste Woche ist stimmungsfrei; um den Ausschüssen Gelegenheit zur Arbeit zu geben.

Verkürzung der Dienstzeit, ein Erfolg der Sozialdemokratie.

Es ist kein Zufall, daß die offizielle Ankündigung der neuen Militärvorlage zeitlich zusammenfällt mit dem Antrag der Sozialdemokraten, der weitergehend als die ministerielle Vorlage bereits eine nur einjährige Dienstzeit fordert. Die Herabsetzung der militärischen Dienstzeit ist ein Erfolg der Sozialdemokratie und nur der Sozialdemokratie. Wenn sich in der letzten Zeit auch auf bürgerlicher Seite Befürworter einer kürzeren Dienstzeit fanden, so war das im wesentlichen nur auf die Erkenntnis zurückzuführen, daß allgemeine Sparmaßnahmen nur tragbar seien, wenn auch das Militärbudget gekürzt wird. Grundsätzlich und konsequent hat nur die Sozialdemokratie für die Verkürzung der Militärdienstzeit gearbeitet. Der Antrag Bohl-Heeger-Humelshans, der im Parlament eingebracht wurde, ist das Signal dafür, daß sich die Sozialdemokratie auch mit den 14 Monaten nicht zufriedengeben, daß sie als nächste Etappe die zwölfmonatige Dienstzeit fordern wird.

Als das erste Wehrgesetz der Republik geschaffen wurde, stand den militaristischen Wünschen, die damals schon von den bürgerlichen Parteien und einzelnen militärischen Fachleuten vertreten wurden, wenn auch noch das Übergewicht des Fachmännerapparates fehlte, mit dem inzwischen das Ministerium beschwert wurde, die radikale Forderung der Sozialisten nach der Willkür gegenüber. Das Wehrgesetz brachte sinnfällig die Gegensätze zum Ausdruck. Es drang zwar die bürgerliche Auffassung durch, es wurde ein stehendes Heer nach dem Muster des französischen und ohne jedes Zugeständnis an die Legionärtradition, also mit strengster Subordination, mit eigener Militärjustiz und fast unbeschränkter Disziplin- und Kommandogewalt der Offiziere geschaffen, aber man versprach — freilich für eine sehr ferne Zeit — doch die Willkür, Anfang der 40er Jahre soll die Armee in eine Willkür umgewandelt werden. Hoffen wir, daß Europa bis dahin noch um einen Schritt weiter sei!

Von den sozialistischen Forderungen blieb aber auch dem Wehrgesetz die Bestimmung, daß man 1926 von der 18monatigen zur 14monatigen Dienstzeit übergehen werde. Die Sozialdemokratie bestand auf der Einhaltung dieses Punktes und ihr Widerstand gegen die gesetzliche Verlängerung war eine der Ursachen des Bruches in der internationalen Koalition. Das die tschechische Sozialdemokratie den Generalen verweigert hatte, das bewilligte ihnen bereitwilligst das deutsche Bürgertum. Im Frühjahr 1927 beschloß der Bürgerklub eine Novelle zum Wehrgesetz, in der die Dienstzeit auf unbestimmte und im Grunde vom Minister willkürlich zu ermittelnde Frist, um vier Monate verlängert wurde. Weiter enthielt die Novelle eine gesetzliche Festlegung des Militärbudgets auf 1400 Millionen Kronen und die gesetzlichen Bestimmungen über einen Rüstungsfonds, dem auf elf Jahre hinaus eine jährliche Rate von 315 Millionen aus dem Budget garantiert wurde. Dieser Fonds unterliegt keinerlei parlamentarischer Kontrolle; die Generale können mit ihm anfangen, was sie wollen; die Folgen zeigten sich bald: im Sommer 1931 wurde bekannt, daß der Fonds, dessen Auszahlung erst 1938 beendet sein wird, tatsächlich bereits verdrängt ist!

Als die Sozialdemokraten 1929 die Koalition mit den bürgerlichen Parteien eingingen und in die Regierung eintraten, forderten sie in der Regierungserklärung eine bestimmte Zusage der Dienstzeitverkürzung. Die Zusage erfolgte, aber jedermann weiß, mit welchen Ausreden, Trohungen und Versprechungen das Ministerium und sein bürgerlicher Anhang die tatsächliche Verkürzung der Dienst-

zeit zu verhindern suchten. Es ist den unausgesetzten Bemühungen der sozialdemokratischen Fraktionen, dem Drängen unserer Presse und der sozialistischen Minister zu danken, daß trotz allen Widerständen die Verabsiegung der Dienstzeit nun wirklich auf dem Wege ist.

Es braucht kaum auseinandergelegt zu werden, warum diese Verkürzung der Militärdienstzeit ein großer Fortschritt ist. Von den Ersparungen, die dadurch ermöglicht werden, ganz zu schweigen, bedeutet verkürzte Dienstzeit erhöhte außenpolitische Sicherheit. Das große siebende Heer, das Liebermaj von Rüstung reizt auch die Nachbarn zu Rüstungen (in unserem Falle vor allem Ungarn zu obendrein geheimen Rüstungen), sie wecken ein Gefühl der Bedrohung und Unsicherheit, erschweren jedes außenpolitische Verhandeln und verschärfen die Gegensätze zwischen allen Staaten. Die Verabsiegung der Dienstzeit ist ein Mittel zur Beruhigung und Befriedung. Als einen Erfolg werden aber vor allem die Soldaten selbst eine Verkürzung ihrer Dienstzeit ansehen. Zehntausende Soldaten, denen vier Monate Strapazen und oft disziplinarischer Druck, vier Monate Subordination unter fremden Willen erspart bleiben, mögen sich bewußt sein, daß sie dies der Sozialdemokratie verdanken!

Immer ist die Sozialdemokratie für kurze Dienstzeit auch schon aus dem Grunde eingetreten, weil ein kurz dienendes Heer sich weit weniger als ein lang dienendes dazu eignet, gegen das Volk selbst verwendet zu werden. Die Oberrichterstaaten wollten lange Dienstzeit im Heere, um die Soldaten „verlässlich“ zu machen; je länger einer unter der Fahne war, seinem Hause und seinen Klassengenossen entfremdet, an militärische Disziplin gebunden, desto eher konnte man ihn zumuten, „auf Vater und Mutter zu schießen“, wie Wilhelm II. es von seinen Soldaten verlangte, desto eher war er ein bloßes Werkzeug in den Händen der Führer. Wir wollen keine Armee, die von der Bourgeoisie oder einer faschistischen Diktatur gegen die Arbeiter eingesetzt werden könnte. Wir sind für kürzere Dienstzeit, weil sie die Armee als Bürgerkriegswaffe abstumpft, weil sie es dem Proletariat leichter macht, auch im Waffenrod Sozialist zu bleiben.

Die Generale und Militaristen haben sich gegen die kürzere Dienstzeit mit dem Scheinargument gewehrt, der „Staat“ nehme dabei Schaden. Das Exempel wird das Gegenteil beweisen. Es wird der Tschekoslowakei nur nützlich sein, wenn sie auf der Abrüstungskonferenz verbleiben kann, daß sie einen Schritt getan habe. Es wird das Ansehen der Republik, das Vertrauen in ihre Politik nur stärken, wenn sie aus eigenem Entschluß ihre Rüstungen einschränkt.

Daß es nur der erste Schritt sei, dem weitere folgen müssen, werden alle wünschen, denen am inneren und äußeren Frieden, am Fortschritt der Demokratie, am Abbau von Haß und Gewalt liegt. Der Erfolg der Sozialdemokratie im Kampf um die Dienstzeitverkürzung zeigt ihnen, auf welchem Weg weitere Fortschritte zu machen sind: auf dem Wege der Stärkung und des Aufstieges der Sozialdemokratie.

Wie. Wer für die Abrüstung ist, wird es nun der Sozialdemokratie für die Sache des Friedens noch sicherer wissen, daß er in den Reihen derselben kämpfen muß!

Polizei gegen Polizei.

Wiener freigewerkschaftliche Polizistenber. ammlung von Patenkrenzpolizisten gekört, so daß Polizei eingreifen muß!

Wien, 3. Dezember. Wie die „Arbeiterzeitung“ berichtet, hatte die freie Organisation der Sicherheitswachbeamten (sozialdemokratisch) für gestern Nachmittag nach Währing eine Versammlung einberufen, in der der sozialdemokratische Bundesrat Schabes über die Verwaltungsreform und den Abbau sprechen sollte. Als die Mitglieder dieser Organisation erschienen waren, war der Versammlungsraum von den Anhängern des Wirtschaftsbundes der Sicherheitswachbeamten (Safenkrenzler) sowie seiner Alarmabteilung besetzt worden. (Dieser letztgenannte Verband wurde nach den bekannten Ereignissen vom 15. Juli 1927 gegründet.)

Gleich nach Beginn der Versammlung ging der Lärm los. Der Vorsitzende war außerstande, sich Gehör zu verschaffen. Der Lärm steigerte sich, als Bundesrat Schabes sprechen wollte. Die rechtsorientierten Wachbeamten

sangen nationale und Hitler-Lieder. Als das Deutschland-Lied angestimmt wurde, erhoben sie sich mit einem faschistischen Gruß.

Inzwischen hatte sich der Vorsitzende der Versammlung an die Polizeidirektion um Hilfe gegen die demonstrierenden Polizisten gewandt. Eine Abteilung von 25 Mann erschien vor dem Versammlungsort, schritt jedoch nicht ein; ihr Kommandant betrat dann den Saal und verhandelte mit beiden Parteien, jedoch ohne Erfolg.

Inzwischen dauerte der Gesang in Saale selbst von 20 bis 24 Uhr, also bis zur Polizeisperrstunde, weiter an. Der Vorsitzende der Versammlung mußte sie endlich schließen.

Die abmarschierenden Wachbeamten, die der freien Organisation angehören, mußten von der draußen postierten Bereitschaft bis an die Grenze des Bezirkes eskortiert werden.

Neu-Lohnsetzung durch Notverordnung?

Beunruhigende Ankündigungen der „Germania“.

Berlin, 3. Dezember. Das Kabinett hat im Laufe des Nachmittags und Abends die Beratungen über die Notverordnung fortgesetzt. In einer Betrachtung über die zu erwartenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen führt das Zentrumsorgan „Germania“ u. a. aus:

„Die im Interesse der Abfassbarkeit der deutschen Wirtschaft notwendigen Preisfestsetzungen erfordern selbstverständlich auch eine neue Senkung der Löhne. In den letzten Tagen ist die Priorität der einen oder der anderen Maßnahme erörtert worden. Praktisch gesehen sind die Senkung der Preise und die Senkung der Löhne auf das allerengste miteinander verknüpft. Das eine ist ohne das andere nicht durchzuführen, so daß eine annähernde Gleichzeitigkeit der beiden Maßnahmen wohl kaum zu vermeiden ist. Sachlich kommt es allerdings im höchsten Grade darauf an — das wird auch für die Reichsregierung der leitende Gedanke sein —, daß der Reallohn in seiner gegenwärtigen Höhe erhalten bleibt.“

Trotz für die Unterstützung des Kabinetts Brünings.

Wie das gestrige Abendblatt des „Pravda“ berichtet, hat Trotzki in Deutschland soeben eine Broschüre herausgegeben, in der er die Kommunisten zur Unterstützung des Kabinetts Brünings auffordert, solange diese Regierung den Kampf gegen die Hofentkennung führt. Trotzki erinnert die deutschen Kommunisten an die Taktik der russischen Bolschewiki, welche nicht einen Augenblick zögerten, die Regierung Kerenskis gegen die bolschewistischen Bestrebungen des Generals Kornilow zu unterstützen; „so“, schreibt Trotzki, „muß auch die deutsche kommunistische Partei vorgehen, solange die Gefahr eines hitlerischen Umsturzes droht.“

Was im „Dritten Reich“ mit den Juden geschähe!

Berlin, 2. Dezember. In der Zeitschrift „Deutsches Recht“, Monatschrift des Bundes der nationalsozialistischen deutschen Juristen, teilt Regierungsrat von Seydebrand Einzelheiten darüber mit, was im Dritten Reich mit den Juden geschehen würde. Er untersucht zunächst die Frage, ob den deutschen Juden ohne Änderung der Reichsverfassung ihr Staatsbürgerrecht entzogen werden könne, und schlägt für den Anfang Zurückhaltung vor. Es ist zu empfehlen, schreibt er, nicht sogleich alle zu grausige Folgen an die ersten Maßnahmen zu kämpfen, vielmehr mit Rücksicht auf das Wohlergehen des Auslandes und das zarte Gewissen etwaiger Koalitionsgenossen sich damit zu begnügen, ein Judenverzeichnis aufzustellen, ihnen die Staatsangehörigkeit abzusprechen, sie nicht mehr wählen und Beamte werden zu lassen, im übrigen aber zunächst alles auf sich beruhen zu lassen und allseits beruhigende Erklärungen abzugeben, bis sich die neue Rechtslage einigermaßen gefestigt hat. Man würde den Fremden einen Abstand von den Deutschen, andererseits jedoch eine gewisse Unterstellung unter das Reich andeuten, z. B. Schutzfremde, Reichsfremde, würde ihnen weiterhin Rechtschutz gewähren und im übrigen nach dem Spruche handeln: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben!

Dr. Frimer will sich dem österreichischen Gericht stellen?

Graz, 3. Dezember. Aus Heimwehrkreisen erfährt der Grazer Berichterstatter der „Wiener Neuesten Nachrichten“, daß Dr. Frimer noch vor den Gerichtsverhandlungen gegen die oberösterreichischen Heimwehrleute, die für den 14. d. M. angefaßt worden sind, nach Oesterreich zurückkehren werde, um sich dem Gerichte zu stellen. Der Berichterstatter selbst nimmt allerdings keine Meldung mit gewisser Skepsis auf.

Neue Schwierigkeiten in der mandchurischen Frage

Wegen der neutralen Zone.

Paris, 2. Dezember. Die heutigen Verhandlungen des Völkerbundes haben gewisse Schwierigkeiten zutage treten lassen. Der Völkerbundrat hat sich erneut eingehend mit der Frage der Schaffung einer neutralen Zone beschäftigt. Die Japaner erklären, daß sie wohl grundsätzlich für die Schaffung einer neutralen Zone seien, sich jedoch das Recht vorbehalten, falls unvorhergesehene besondere Ereignisse eintreten, ohne weiteres in die neutrale Zone und sogar darüber hinaus vorzudringen, u. zw. ohne vorherige Befragung oder Heranziehung neutraler Beobachter. Sie erklären sich jedoch bereit, sofort nach durchgeführter Aktion den Völkerbundrat in Kenntnis zu setzen.

Die chinesische Delegation besteht unbedingt auf einer Garantie des Völkerbundes für die neutrale Zone. Diese scharfe gegenständliche Formulierung beider Auffassungen hatte es dem Völkerbundrat angedrängt, erschienen lassen, in Einzelverhandlungen mit den beiden Parteien zunächst diese Frage zu bereinigen, ehe man auf die anderen Probleme zurückkomme.

In den Verhandlungen über die Ernennung der Mitglieder der Untersuchungskommission sind gestern neue Komplikationen eingetreten. Nach Italien hat nunmehr auch Deutschland seine Kandidatur bekanntgegeben, desgleichen aber auch Holland, Portugal und Belgien. Gegen die belgische Kandidatur hat Japan formell Protest eingelegt mit dem Hinweis, daß Belgien in China Eisenbahnen besitzt, als interessierte Großmacht daher der Kommission nicht angehören könne. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Koalitionstrife in Budapest.

Budapest, 3. Dezember. Die christlichsozialen Wirtschaftspartei beendete heute ihre mehrtägige Konferenz über die politische Lage und die bevorstehenden Regierungsmaßnahmen und beschloß, die in Vorbereitung stehende Regierungsverordnung über die Herabsetzung der Pensionen der Staatsangestellten abzulehnen. Parteivorsitzmann Graf Tschy begab sich zum Ministerpräsidenten Karolvi und machte ihm Mitteilung von diesem Beschlusse.

Durch den Beschluß dieser zweiten Regierungspartei befindet sich die ganze Koalition und die Regierung in einer heiklen Situation.

Der Pfundsturz

macht dem englischen Finanzminister keine Sorgen.

London, 3. Dezember. Im Unterhaus wurden heute mehrere Anfragen an den Schatzkanzler in Zusammenhang mit dem Fallen des Pfundes gerichtet. U. a. wurde gefragt, welche Maßnahmen er zu ergreifen beabsichtige, um das Pfund Sterling vor weiterer Entwertung zu schützen.

Reville Chamberlain erwiderte: Ich höre, daß die Schwäche der Währung während der letzten Wochen in der Hauptsache zurückzuführen ist auf nicht unter unserer Kontrolle stehende Faktoren im Auslande, die mit schweren Saisons und anderen Zahlungen für Einfuhr zusammenfallen. Ich sehe keinen Grund, die jüngsten Bewegungen des Pfundes mit Besorgnis zu betrachten.

Dr. Tolpe's Rache.

Roman von A. Altschul.

„Wollen wir tanzen?“ fragte er und machte mit Erna sofort den Anfang. Die anderen folgten dem guten Beispiel.

Die kleine Gesellschaft, die Erna für diesen Sonntagabend eingeladen hatte, unterhielt sich glänzend. Es herrschte allgemeine Fröhlichkeit, man verstand einander ausgezeichnet, man lachte, tanzte, schwatzte und als die Stimmung einmal abzufallen drohte, schlug Georg, vergnügt an einem Stückchen Schokolade knabbernd, ein Pfänderpiel vor. Sein Vorschlag wurde mit großem Hallo angenommen.

„Was werden wir aber spielen?“ fragte jemand der Anwesenden aus einer Ecke, in die er sich mit einer von Ernas Mitspielerinnen diskret zurückgezogen hatte.

Es wurden die verschiedensten Vorschläge gemacht, aber man konnte sich nicht einigen. Ein Spiel war zu stumpfsinnig, das andere konnte niemand, ein drittes ging aus technischen Gründen nicht ufo.

„Sparen wir uns das“, rief Greil, „und geben wir jeder ein oder mehrere Pfänder ab. Wozu das langweilige Vorspiel?“ Und sie warf ihren Lippenstift in ein kleines Körbchen, das auf dem Tisch stand.

Im Nu war es von Seidentüchern, Ringen, Feuerzeugen, Puderboxen, Zigarettenetuis gefüllt.

„Eli, Rudi, was ist mit Euch?“ rief Erna, „Ist ihr vielleicht schon Pfänder aus und habt noch gar keine abgegeben?“ „Beht es ohne das nicht auch?“ brummte Rudi Herrmann in seiner verschwiegenen Ecke. „Ich finde es so bedeutend gemütlischer.“ Ein indistinkter Spiegel zeigte, wie er Elis schlankes, seibendestumpftes Bein streichelte.

„Wißt ihr, wer zu diesem Idyll noch fehlt?“ lachte Georg. „Tolpe.“

Tolpes Ansicht in bezug auf Moral war stadtbekannt.

„Warum hast du ihn denn nicht eingeladen, Erna?“ rief Greil und nahm ein Stückchen Tort.

„Als Attraktion?“

„Als König der Dschungel.“

„Man sollte Hogenbeck benachrichtigen. Unlängst erst ist ihm ein Tiger durchgegangen“, sagte Rudi, der die letzten Worte zufällig gehört hatte.

„Fürchtest du vielleicht, daß er dich aus moralischen Gründen auffrisst?“ fragte Franzl und warf einen schnellen Blick in den verärrischen Spiegel. „Nein, brauchst keine Angst zu haben, bei diesem Anblick würde er zu einer Salzsaule erstarren.“

Rudi knurrte etwas, stand langsam auf und stellte einen Stuhl vor die blanke Glascheibe. „Jetzt kann er kommen“, sagte er und wurde wieder unsichtbar.

Man kümmerte sich nicht mehr um die beiden, ließ sie in Ruhe.

Das Mädchen brachte Viktor.

Franzl hob sein Glas. „Auf das Wohl der Hausfrau. Prost, Fräulein Erna.“

„Fräulein Erna?“ rief Greil. „Noch immer? Jetzt aber sofort Bruderschaft trinken.“ Und als Erna etwas erwidern wollte, wiederholte sie lachend: „Bruderschaft, aber schnell.“

„Bruderschaft, Bruderschaft“, fiel der Chor ein. „Sie sollen Bruderschaft trinken.“

„Mein Sohn, was dirgst du so bang dein Gesicht?“ begann Georg, als Franzl noch immer keine Anstalten machte, der allgemeinen Aufforderung Folge zu leisten.

„Kinder, ich hab's, es stört sie das Licht“, rief Greil lachend und ging zum Schalter. „Also aufpassen, Achtung, fertig, los!“ Es wurde dunkel.

„Jetzt ist's aber genug“, rief sie nach einer Weile. „Wir erblinden ja schon vor lauter Finsternis. Wenn ihr noch nicht fertig seid, müßt ihr es eben bei Licht fortsetzen.“ Sie drehte den Schalter auf.

Erna strich sich die Haare aus der Stirn, warf sich in einen Klubfessel. Ein eigenartiges Feuer leuchtete aus ihren Augen. „Hat's lang gedauert?“ fragte sie und schlug die Beine übereinander.

Georg nahm eine Zigarette. „Mindestens eine halbe Stunde“, meinte er trocken, während er vergänglich seinem Feuerzeug die Kunst des Brenneis beizubringen versuchte.

„Probiert es vielleicht einmal mit einem Streichholz, es wird besser gehen“, sagte Franzl und reichte ihm Feuer.

„Es ist nur kein Benz in drin“, entschuldigte Georg sein störrisches Feuerzeug und besah es sich liebevoll von allen Seiten. „Braucht mehr als ein Rolks-Royce, so was. Auf dem Heimweg kommen wir doch an einer Benzinpumpe vorbei?“ fragte er.

„Das schon“, bestätigte Erna, „aber mehr als fünfzig Liter dürften nicht vorrätig sein.“ „Wußt ihr Rot genügen. Bis morgen früh, jedenfalls“, gab Georg mit ernsthafter Miene zurück und ließ seinen Rolks-Royce in der Westentasche verschwinden.

Greil schaute auf die Uhr. „Rein; so spät ist es schon?“ rief sie erschrocken. „Ich sollte doch beinahe schon zu Hause sein.“

Man brach auf.

„Also auf morgen“, sagte Erna und reichte Franzl die Hand. „Greil, dich sehe ich ja in der Schule.“

„Wenn ich nicht plötzlich krank werde. Ich werde morgen aus Latein geprüft.“

„Im Falle einer notwendigen Krankheit erwarte ich dich im Lloyd“, lachte Georg. „Ich bin morgen bestimmt dort. Gott Kupfer prüft nämlich.“

„Also viel Glück beim Schwänzen, laßt euch nur nicht erwischen.“ Gute Nacht.“

Sie schloß die Tür.

Vor dem Hause verabschiedete man sich. Eli und Rudi behaupteten, in der entgegengesetzten Richtung gehen zu müssen. Greil, Georg und Franzl schritten der Gasse zu.

Sie durchquerten den Baumgarten. Durch die schon fast laubloeren Wipfel streute der aufgehende Mond sein fahles Licht. Einsam und verlassen lagen die breiten, kesselförmigen Wege da, die sich wie weiße Riesenklängen zwischen den dunklen Bäumen wanden, sich verzweigten und wieder zusammentrafen. Die weissen Blätter knirschten unter den Füßen und schienen bei jedem Schritt einen letzten, verzweifelten Hüschrei auszustößen, den nahen, unabwehrbaren Tod ahnend.

Greil und Georg plauderten lustig. Franzl ging schweigend neben ihnen her. Er wäre jetzt gern allein gewesen, wäre am liebsten durch diese nächtliche Landschaft gewandert, solange, bis sich sein Gemüt ein bißchen beruhigt hätte. Das Herz schlug ihm zum Zerplatzen, in seinen Schläfen hämmerte es, der ganze Leib bebte. Auf seinem Mund brannte noch Ernas Kuß, brannte wie Feuer, so glühend, so verzehrend. Andächtig beinahe sog er den Duft von Ernas Lippen ein, den er auf den seinen noch zu spüren glaubte und jedes Wort, das er jetzt gesprochen hätte, wäre ihm mals Entweihung, als Verkürzung eines köstlichen Genusses erschienen.

Erna. Er hat sie in den Armen gehalten, sie hat seine Küsse erwidert, heiß, verlangend, rückhaltlos. Sie hat sich an ihn geschmiegt, weich, warm, wie ein Käpchen, feurig, wie flüssige Lava, an ihn, den erlösten Ruben aus der letzten Bank beim Fenster. Nein, Tolpe, hier ist keine Nacht zu Ende, so weit reicht sie nicht. Das ist zu schade, zu rein für deine dummen Finger, zu erhaben für deinen blutrünstigen Blick.

(Fortsetzung folgt.)

Der Weg Hitlers und seiner Banditen.

Vor dem höchsten deutschen Gericht hat Adolf Hitler zu sagen gewagt: „Es werden Köpfe rollen“. Dr. Frick, der Obernazi im Reichstag, hat in einer Versammlung erklärt, daß die Hitlerbanden nach dem italienischen Vorbildlichen Beispiel vorgehen werden und den „Volkstorn“ bauen lassen. Der Volkstorn wird von Hitler und seinen Spießgesellen angeführt, nach dem Vorbildlichen italienischen Beispiel. Einige Daten, die sich natürlich zu hunderten erweitern ließen, sollen der Kulturwelt wieder in Erinnerung gebracht werden.

Das italienische Beispiel.

Am 17. April 1921 wurde die Stadt Accossigaba (Mittelitalien) von Faschisten geplündert. Zehn tote Arbeiter und dreißig verwundete blieben in den Straßen liegen. Ein Krüppel wurde mit Knütteln erschlagen, einer Frau riß man das Kind mit den Bajonetten aus den Armen und zwei greise Landarbeiter erschloß man vor der Schwelle ihres Hauses. Hundert Arbeiterhäuser wurden mit Brandgranaten vernichtet. Die Täter blieben ungestraft.

Ueber „höheren Befehl“ wurde am 4. August 1922 das Blatt der italienischen Arbeiter, der „Avanti“, vernichtet. Die Redaktion wurde verhaftet, die Maschinen zertrümmert, der Seher Franzini erschossen und das ganze Gebäude in Brand gesteckt.

Ein schreckbarer Tag für die Turiner Arbeiterschaft war der 17. Dezember 1922. Die Genossen Carlo Berutti und Cesare Bochetto wurden hinterrücks erschossen. Der Straßenbahner Matteo Chioloro, Balancierstraße Nr. 3, wurde vor den Augen seiner Familie in der eigenen Wohnung von Faschisten ermordet. Genosse Andreo Chiasso wurde vor den Augen seiner Großmutter geschnt und Erminio Andreoni im Weisen seiner Gattin niedergeschossen. Am Abend wurde das Turiner Volkshaus, ein stolzer Bau, aus Arbeiterkreuzern erbaut, in Brand gesteckt, nachdem man vorher Petroleum in die Räume geschüttet hatte. Die Arbeiter standen weinend und großend vor dem Vernichtungswerk. Als zu dieser Unglücksstunde der Sekretär der italienischen Metallarbeiter, Genosse Pietro Ferrero, auf dem Brandplatz kam und von den Faschisten erkannt wurde, band man ihn mit einem langen Strick an ein Auto und schleifte ihn in rasender Fahrt durch den Viktor-Emanuel-Korso. Der blutige gefetzte Körper war so entstellt, daß ihn keine Schwester nicht erkennen konnte. In grauenerregender Weise wurden an diesem Tage außerdem die Genossen Evasio Vecchio, Leone Mazzola, Giovanni Maffaro und Angelo Quintoglio, durchwegs Arbeiter, hingschleudert.

In Mollinella (Oberitalien) wurde von den Faschisten das genossenschaftliche Mustergut zerstört, junge Frauen entkleidet, rot angestrichen und durch die Dürsthaft getrieben.

In der Nacht zum 28. Februar 1924 wurde in Reggio Emilia der sozialistische Parlamentskandidat Piccinini vor sein Haus gelockt und hinterrücks erschossen.

Als Giacomo Matteotti dem Duce gefährlich wurde, weil er riesige Korruptionschancen aufdecken wollte, jagte Mussolini ganz offen: „Dieser Mann muß endlich schweigen“. Am 10. Juni 1924 wurde Matteotti am helllichten Tage, auf dem Wege zum Parlament, von faschistischen Schergen überfallen, ins Auto gezerrt und während der Fahrt erschossen. Passanten haben die Todeschreie Matteottis gehört. Die Leiche wurde verschleppt und erst am 16. August von dem Hunde des Gendarmen Amobio Caratelli im Walde Quaretiella ausgegraben. Der Prozeß gegen die Mörder wurde von Mussolini unterdrückt und der Frau des Ermordeten verboten, Trauerkleider zu tragen. Als Mutter und Gattin Matteotti zum Papst gingen, um Gerechtigkeit zu verlangen, wurden sie nur von einem Prälaten empfangen, der ihnen sagte, sie müßten recht fleißig beten für die Seele des Ermordeten.

In der Nacht zum 21. Juni 1925 wurde der fortschrittliche Abgeordnete Giovanni Amendola, ehemaliger Kolonialminister, im Auto überfallen, mit Gewehrballen blutig niedergeschossen und mit Gewehrballen blutig niedergeschossen und mit Gewehrballen blutig niedergeschossen und mit Gewehrballen blutig niedergeschossen.

In der Nacht zum 3. Oktober 1925 wurde in Florenz der Arbeiter Reccioni gelockt, durch die Straßen geschleift und dann als Siegestrophäe aufgestellt. Die Schwarzhemden plünderten in dieser Nacht dreizehn Konzele von Rechtsanwälten und Notaren, schafften die Möbel auf die Straßen und zündeten sie an. In der gleichen Nacht wurde der sozialistische Abgeordnete Gaetano Pilati, ein Aristokrat, vom Palazzo aus, in seinem Bett erschossen. Der Korrespondent des „Avanti“ Giuseppe Coniole wurde zur selben Stunde beim Nachtmahl, vor seiner Gattin und seinen beiden Kindern niedergeschossen wie ein Hund.

Genosse Pietro Reuni, der Korrespondent des „Avanti“, war ins Ausland geflüchtet. Aus Mache, daß man ihn nicht erwischte, wurde seine Wohnung, in der seine Familie sich aufhält, geplündert und keine Fächerchen mit den Gewehren bedroht. Das Bild seiner alten Mutter wurde als Heiligschreibe für die Schicksal der Faschisten benützt. Mehrere Schüsse hatten vor den Kindern das Bild der Großmutter durchschleudert.

Für die sittliche Verkommenheit dieser Vorden zeigt ein Bild, das die Schwarzhemden vor dem Hause des im Kampf ergauten, verdienst-

vollen Genossen Turati fangen. Es lautet in der Uebersetzung ungefähr:
Daraus mit diesem roten Kreis,
Wir werden seinen Bart ihm streuen,
Wir wollen daraus Büsten machen
Und Mussolinis Stiefel putzen.
Als die Frau des greisen Turati begraben wurde, überfielen Faschisten das Trauergesolge mit Knütteln, Tölpeln und anderen Wurdwasen und schlugen viele Trauergäste blutig. Es blieben einige Schwerverwundete am offenen Grabe liegen.

Die Forderungen der Joachimsthaler Bergarbeiter.

Ausprache einer Arbeiterdeputation mit dem Präsidium des sozialpolitischen Ausschusses.

Freitag, 3. Dezember. Heute fand unter dem Vorsitz des Abgeordneten Genossen Dr. Leo Winter eine Ausprache des Präsidiums des sozialpolitischen Ausschusses mit den Vertretern der Joachimsthaler Bergarbeiter statt. An der Ausprache nahmen für den sozialpolitischen Ausschuss des Abgeordnetenhauses der Vorsitzende Dr. Winter, dessen Stellvertreter Dubich und Tüchty und Abgeordneter Genosse Taud als Berichterstatter über den Antrag der sozialdemokratischen Parteien zum Schutze der in Radumbetrieben beschäftigten Personen teil. Auch die Antragsteller, die Genossen Pohl und Prokil, waren anwesend. Für die Joachimsthaler Bergarbeiter erschienen in Begleitung des Revierratssekretärs Gen. Josef Zinner, der Ortsgruppenobmann Wenzel Müller und die Betriebsobmänner Genossen Johann Rauber, Josef Leget, Josef Hammer und Josef König.

Im Namen der Abordnung trug Genosse Müller, dessen Ausführungen durch Genossen Pohl ergänzt wurden, noch einmal die Wünsche der Joachimsthaler Bergarbeiter vor. Die Abgeordneten Dr. Winter, Tüchty und Dubich ver-

sicherten, daß alle Koalitionsparteien die Dringlichkeit der Angelegenheit und die Notwendigkeit anerkennen, den von den Joachimsthaler Bergarbeitern gestellten Wünschen soweit als nur möglich Rechnung zu tragen.
Der Referent hat seinen Bericht über die Exkursion des sozialpolitischen Ausschusses innerhalb des ihm vom Ausschuss gestellten Termins unterbreitet. Die Verhandlungen mit dem Minister für öffentliche Arbeiten sind bereits im Gange und

man hofft, schon in der allernächsten Zeit auf administrativem Wege einem Teil der Wünsche Rechnung tragen zu können.

Die Mitglieder des Präsidiums haben der Abordnung ihre volle Unterstützung bei der Regelung der Angelegenheit in Aussicht gestellt.

Abgeordneter Genosse Pohl hat dann noch auf den Leidensweg, den die Joachimsthaler Bergarbeiter zurückgelegt haben, und auf die wiederholten ergebnislosen Interventionen verwiesen.

man hofft, schon in der allernächsten Zeit auf administrativem Wege einem Teil der Wünsche Rechnung tragen zu können.

Die Mitglieder des Präsidiums haben der Abordnung ihre volle Unterstützung bei der Regelung der Angelegenheit in Aussicht gestellt.

Abgeordneter Genosse Pohl hat dann noch auf den Leidensweg, den die Joachimsthaler Bergarbeiter zurückgelegt haben, und auf die wiederholten ergebnislosen Interventionen verwiesen.

Der Verrat Südtirols durch die Salentkrenzler

im Spiegel bürgerlicher Kritik!

Es ist bekannt, daß die Teilnahmslosigkeit der deutschen Nationalsozialisten an dem Schicksal Südtirols sich in dem Maße zu feindseliger und verräterischer Pose ergab, als die gedanklich-politische Verbindung des Salentkreuzes mit dem italienischen Faschismus wuchs. Das Hitler-Wort, daß für ihn, den großen deutschen Adolf, Südtirol keine Rolle spiele, hat ja in der Haltung der Nationalsozialisten, sowohl der reichsdeutschen als auch der österreichischen (und schließlich auch der sudetendeutschen) zur Südtiroler Frage inzwischen hundertfache Bestätigung gefunden. In der allerjüngsten Zeit nun hat diese perfide Stellungnahme der Nationalsozialisten im österreichischen Tirol — just, während Herr Hitler seine Rom-Reise vorbereitete — Formen angenommen und eine Gegenbewegung hervorgerufen, die schon mehr als beachtlich genannt werden dürfen: das Tiroler Bürgertum selber, verkörpert in der christlichsozialen Partei, sieht sich genötigt, gegen die nationalsozialistischen Trabant aufzutreten. Und wie radikal diese Auseinandersetzung vor sich geht, beweist folgendes Vorkommnis:

Dieser Tage haben die Salentkrenzler eine Südtiroler Versammlung der Christlichsozialen in Innsbruck gesprengt! Und daraufhin hat der christlichsoziale Nationalrat Dr. Kolb in einer Rede den

„glatten Verrat“ der „Mussolini-Knechte“

in aller Schärfe gegeißelt; aus dieser Rede erfährt man die bezeichnende Tatsache, daß dasselbe Italien, das nur faschistische Organisationen duldet und in dem alles Deutsche mit Stumpf und Stiel ausgerottet wird, sehr wohl die Bildung nationalsozialistischer Ortsgruppen zuläßt!

Man kann begreifen, daß, wie in der christlichsozialen Versammlungsresolution festgestellt wird, der faschistische Gruß der Innsbrucker Nationalsozialisten in ganz Tirol als lächerliche Herausforderung empfunden und daß von der Landesregierung gefordert wird, sie möge diesen Faschistengruß untersagen. Die Dinge sind aber bereits soweit gediehen, daß gleichzeitig angekündigt wird, man werde zur Selbsthilfe greifen, falls den Salentkrenzlern nicht das faschistische Grußhandwerk gelegt wird!

Wenn man bedenkt, daß die Nationalsozialisten bisher doch auch in Tirol, wie im übrigen Österreich und wie ja auch anderswärts, sich der liebevollsten Förderung durch das Bürgertum und insbesondere durch die Christlichsozialen erfreuten, kann man schon ermessen, daß solcher Konflikt keine vorübergehende Sache sein dürfte.

Abriistungswahlen in Frankreich.

Leon Blum kündigt im „Populaire“ an, daß die sozialistische Partei Frankreichs die Abriistungswahlen zur Hauptplattform für die allgemeinen französischen Wahlen zu machen gedenke. Leon Blum vertritt sogar die Ansicht, daß man die Wahlen vom April auf den Herbst vorverlegen solle, um eine laxere Situation für die Abriistungskonferenz zu schaffen. Gleichgültig aber, ob die Wahlen der Abriistungskonferenz vorangehen oder ihr folgen, erklärt er, wie werden ihnen den Charakter eines wahren Friedens-

Kreditge'ellshaft mit einer Milliarde Dollar Stammkapital.

Ein neuer Plan Hoobers.

New York, 3. Dezember. (Reuter.) Der „New York Evening Post“ zufolge erwarten die amerikanischen Kommerzellen und finanziellen Kreise, daß Präsident Hoover in der nächsten Woche in seiner Botschaft an den Kongreß die zuständige Kreise zur Mitarbeit an der Gründung einer neuen Korporation mit einem Stammkapital von einer Milliarde Dollar auffordern werde, die die notwendigen Kredite jenen Handelsgesellschaften gewähren soll, die sich in Schwierigkeiten befinden, wodurch dem Lande bei der Ueberwindung der heutigen wirtschaftlichen und finanziellen Krise geholfen werden würde.

Ein treffendes Urteil.

Budapest, 3. Dezember. Im Abgeordnetenhauses kam es während der Rede des sozialdemokratischen Abg. Beher zu großen Lärmstößen, da dieser erklärte, die Mehrheit habe sich die Mandate in unmoralischer und schurkischer Weise verschafft. Beher wurde wegen dieses Ausdruckes an den Immunitätsausschuß verwiesen. Im Verlauf seiner Rede erklärte Redner weiter, Ungarn sei auch innerhalb der gegenwärtigen Grenzen lebensfähig, doch verurteilen die Sozialdemokraten den Vertrag von Trianon, weil er auf diktatorischem Wege zustande gekommen sei.

Kommt es endlich zur Demotratifizierung der Landeskulturräte?

Brünn, 3. Dezember. In der heute abgehaltenen Sitzung der Landes- und wasserwirtschaftlichen Kommission des Landes Nahrungsschlesien wurde unter anderem auch zu dem vom Landesaussschuß gestellten, Ersuchen, der Landeskulturrat in Brünn solle eine neue demokratische Wahlordnung für den Landeskulturrat ausarbeiten, Stellung genommen. Nach den Beratungen wurde von der Kommission empfohlen, daß nach den gleichen Grundsätzen auch die Wahlordnung für die schlesischen Landeskulturräte ausgestaltet werde oder aber eine Zusammenlegung beider Korporationen in Erwägung zu ziehen ist.

Weiter wurde von der Kommission der Beschluß des Landesaussschusses zur Kenntnis genommen, nach dem die ersten Jahrgänge der landwirtschaftlichen Schule nur in jenem Falle eröffnet werden, wenn sich mindestens zehn Schüler für den ersten Jahrgang melden. Gleichzeitig soll eine Untersuchung über die Ursachen des Rückganges der Besucherzahl in den landwirtschaftlichen Schulen eingeleitet und die notwendigen Vorkehrungen getroffen werden. Beraten wurde ferner in der Kommission der Antrag auf Umgestaltung der Wirtschaftsgabungen der Güter in den landwirtschaftlichen Schulen.

Verlängerung der Gültigkeit der Rundmachung des Ministers für soziale Fürsorge über die außerordentlichen Arbeitslosenunterstützungen gemäß Art. III des Ges. Stg. Nr. 74/1930. Der Minister für soziale Fürsorge hat im Einvernehmen mit den beteiligten Ministern die Gültigkeit der Rundmachung über die außerordentlichen Arbeitslosenunterstützungen wiederum um einen Monat, d. i. bis zum 31. Dezember 1931 verlängert. Die Rundmachung bezieht sich auf die folgenden Produktionsweine: Textil-, Glas-, Metall-, Leder-, Berg-, Holzverarbeitungs-, Buchdrucker- und Keramikindustrie.

Noch nicht genug Opfer? Provozierende Maßnahmen der Bürokratie im freiwaldauer Gebiet.

Unbeschadet durch die blutigen Ereignisse von Freiwaldau und durch das Echo, das sie geschunden haben und das dem Leichtsinne und der Brutalität der Behörden ein entschiedenes „Noli“ gebietet, haben die bürokratischen Dickschädel anscheinend nichts Besseres zu tun, als die geplagte und mit so hoher Blatsteuer belegte Bevölkerung aufs neue zu provozieren. Die Bezirksbehörde hat, wie bekannt wird, folgende Botsung an die Gemeindeväter herausgegeben:

„Auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 14. Juli 1927, St. 125, verbietet die Bezirksbehörde mit Genehmigung der Landesbehörden bis auf weiteres im öffentlichen Interesse jegliche Ansammlung und Zusammenrottung auf öffentlichen Plätzen. Da solche Zusammenrottungen unter keinen Umständen geduldet werden, wird die Bevölkerung vor jeglicher Beteiligung, sei es auch nur als Zuschauer, dringendst gewarnt. Die Bezirksbehörde macht darauf aufmerksam, daß, wer immer dieses Verbot trotz der Warnung nicht beachtet, die Folgen sich selbst zuzuschreiben hat und daß gegen diese Personen nach den geltenden gesetzlichen Vorschriften eingeschritten werden wird.“

Hier wird recht unerblickt und unerschämmt mit neuen Gewalttaten und Schiebereien gedroht. Was das behnäre Verbot von „Zusammenrottungen“ bedeuten soll, wird jeder wissen, der die Geschichte unserer Gendarmerie kennt. Das bedeutet, daß irgendein Subalterner und landfremder Ferkelweibel in einem Aufruhr harmloser Menschen feuern lassen kann. Außerdem hört man, daß Gendarmerie in größerer Zahl im Gebiet zusammengezogen wird.

Wir fragen:

Wofür halten die Herren Slawitz und Cerny das Freiwaldauer Gebiet und seine Bevölkerung? Wollen sie den Belagerungszustand über einen Bezirk verhängen, der von Wirtschaftstot und Bürokratieverfall genaugam bedrückt ist? Wollen sie justament neue Opfer?

Sie seien gewarnt! Was immer in dem geplagten Bezirk geschehen mag, jede Blutschuld siele auf die Häupter der verantwortlichen Beamten!

Ein Nachtrag zum „Alba“ von Seizdorf.

In der Zeitschrift der Liga für Menschenrechte („Der Aufruf“) berichtet Genosse J. Bölling, der Sekretär der Liga, über seine an Ort und Stelle angestellten Erkundigungen. Auch er kommt zu dem Ergebnis, daß die Schuld bei den Behörden liegt. Wir heben aus seinem Bericht folgende Stelle hervor, die auf ein ganz ungeheuerliches Vorgehen der Gendarmen hinweist, das nach strengster Sühne ruft:

„Schließlich eine sehr ernste Sache, die der gründlichsten Untersuchung bedarf: die vielen Kerze, welche den Verwundeten die erste Hilfe leisteten, bellagen sich darüber, daß die Gendarmerie sie an der Ausübung ihrer menschlichen Pflicht zu hindern versuchte und in das Gasthaus Bettlich eindrang, wo die Notverwundeten angelegt wurden. Wenn die Gendarmen schon glaubten, schirzen zu müssen, so waren sie doch wohl nachträglich von den sich in ihrem Mute windenden Verwundeten nicht mehr bedroht, und ihre erste Pflicht wäre es gewesen, ihren Opfern zu helfen, statt noch die Hilfeleistung zu hindern.“

Agrarische Ungezogenheiten

werden portofrei befördert.

Der Gutsbesitzer Franz Kieber in Budau im Lutzer Bezirk ist dort auch Bürgermeister. Als Gutsbesitzer, so seien wir im Karlsbader „Volkswille“, hat er der Gemeinde Langgrün bei Tollmus für die Arbeitslosen Kartoffeln geliefert, die nach seinen eigenen Angaben „schmutzig und etwas klein“ waren. Bei der Uebernahme fehlten zwei Zentner, weshalb das Gemeindevater Langgrün beim Gutsbesitzer Kieber schriftlich vorstellte wurde. Kieber antwortete nun in einem Briefe, daß die schmutzigen und kleinen Kartoffeln um 30 Heller das Kilo immer noch sehr billig sind. Dann aber heißt es in dem Briefe weiter:

„Die 5 roten Arbeitslosen, welche an den Weltungslad Schuld sind, sollen zunächst ihre Kartoffeln von H. Dr. und Minister Czech ziehen, vielsichtig dann dieser rote Hauptling billiger Erzeugen als die Landwirte.“

Als der Gutsbesitzer Franz Kieber das niedergeschrieben hatte, verwandelte er sich in den Bürgermeister Kieber, nahm ein amtliches Kuvert, adressierte es an das Gemeindevater Langgrün und fügte eigenhändig den Inhalt „Portofrei“ Gemeindevater“ bei, um für keine Anfechtung nicht auch noch Porto zahlen zu müssen. Dieser Kieber ist ein Verwandter des gewesenen Landeskulturratspräsidenten Zulger. Dem Umstande hat er es wohl zu danken, daß er für den Bau einer Stallung, die weit und breit nicht ihresgleichen hat, tausende Kronen an Subvention erhielt und daß er für Restaurationszwecke wieder einen schönen Batzen an Steuergeldern bekam. Nicht nur, daß er sich vom Staat Geld schenken läßt, auch seine mit der Wittgabel geschriebenen Bedarfsbriefe muß ihm der Staat umsonst befördern, wie früher einem Erzherzog.

Tagesneuigkeiten

Die 25prozentige Herabsetzung der Eisenbahnpreise.

Der Verwaltungsausschuss der tschechoslowakischen Eisenbahnen hat entschieden, daß die Fahrpreise in Stationen, die höchstens 60 Kilometer von Prag, Pilsen, Budweis, Austerlitz, Brünn, Olmütz, Mähr.-Ostrow, Preßburg und Kofschau entfernt sind, um 25 Prozent herabgesetzt werden. Die Verbilligung gilt für die Zeit vom 1. Mai bis 30. September und außerdem für gewisse Feiertage, nämlich den 1. und 6. Jänner, Ostermontag, 1. Mai, Christi Himmelfahrt, Pfingstsonntag, 29. Juni, 5. und 6. Juli, 15. August, 28. September, 28. Oktober, 1. November, 8. 25. und 26. Dezember. Außerdem an allen Sonntagen, den Tag zuvor und den Tag danach, sowie den Tag vor und nach den genannten Feiertagen.

Was wird mit Matuschka?

Der erste der Prozesse gegen den ungarischen Eisenbahnterroristen Salvester Matuschka wird Ende Jänner oder Anfang Februar in Wien stattfinden. Nach Verbüßung der dort über ihn verhängten Strafe (Mindestmaß sechs Monate, höchstens zehn Jahre schweren Arbeit) wird Matuschka wahrscheinlich an Ungarn ausgeliefert werden. Für diese Reihenfolge der Prozesse sind rechtliche Gründe maßgebend. Ungarn hat das Auslieferungsgesetz dem vor Deutschland gestellt. Da Matuschka dort vermutlich zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt werden wird, wird das Räteröcher Attentat wahrscheinlich niemals vor Gericht verhandelt werden. Sollte Matuschka jedoch auf Grund der Gutachten der beiden Wiener Gerichtspräsidenten Biskup und Höwel, die den Attentäter augenblicklich auf seinen Geisteszustand untersuchen, für geisteskrank erklärt werden, so wird er in Oesterreich in einer Heilanstalt interniert werden. Diese Internierung läßt aber nur in Frage, wenn Matuschka in der Lage ist, dort für seinen Unterhalt aufzukommen. Andernfalls wird er in einen Nachbarstaat abgeschoben werden. Da sich alle an Oesterreich angrenzenden Länder dafür bekennen würden, einen so gefährlichen Geisteskranken bei sich anzunehmen, würde nur noch die Auslieferung an Ungarn bleiben. Ungarn wäre in keiner Weise gezwungen, das Gutachten der Wiener Psychiater anzuerkennen und könnte von sich aus gegen Matuschka ein gerichtliches Verfahren einleiten.

Noch immer kein Geldwechsel auf unserem Grenzbahnhöfen!

Zeltfame Förderung des Fremdenverkehrs durch die tschechoslowakischen Bahnhöfen. — Unhaltbare Zustände. — Reichsdeutsche Reisende, die nicht weiterfahren können.

Vodendach, 3. Dezember. Ebenso wie den Bahnhöfen in den tschechoslowakischen Grenzbahnhöfen, wurde seinerzeit den Wechselstuben daselbst im Zusammenhang mit der reichsdeutschen Ausreisepolizei von Seite der Staatsbahndirektion in Prag die Weisung erteilt, keine Reichsmark mehr entgegenzunehmen, bzw. die Umwechslung reichsdeutscher Baluta in tschechoslowakische Kronen abzunehmen. Seitdem sind Monate vergangen, die Ausreisepolizei ist längst wieder aufgehoben und der Reiseverkehr aus Deutschland in die Tschechoslowakei hat wieder lebhaftere Formen angenommen. Dagegen hängen an den Bahnhöfen der Grenzbahnen und Wechselstuben auch heute noch Schilder mit der Aufschrift: „Deutsche Reichsmark, österreichische Schillinge und ungarische Pengö werden hier nicht gewechselt.“ Die aus dem Reiche, beispielsweise auf dem Bahnhöfen Vodendach eintreffenden Reisenden, die gegen Prag oder Karlsbad-Eger weiterzufahren gedenken, stehen auf dem Vodendacher Bahnhof keine Möglichkeit des Eintausches ihrer Baluta in tschechische Kronen, haben aber häufig nicht genügend langen Aufenthalt zwischen Ankunft und Weiterfahrt, um in die Stadt zu gehen und dort die Umwechslung in einem der Bankinstitute vorzunehmen. Es bleibt ihnen keine andere Möglichkeit, als sich bei den Bahnhöfen tschechisches Geld einzulassen: diese nehmen die Reichsmark mit höchstens 7 Kronen 80 Heller in Kauf, also um zwanzig Heller unter dem regulären Kurswert, so daß dem Reisenden, der höhere Beträge einzurechnen gezwungen ist, ganz beträchtliche Einbußen erwachsen. Gerade auf dem stark frequentierten Vodendacher Bahnhof hat die Schwere der Geldumwechslung, bzw. der Entgegennahme fremder Baluten schon sehr häufig zu erregten Szenen und Auftritten geführt, und ebensowenig hat es an energischen Beschwerden gegen diese seltsame Art der Fremdenverkehrsförderung gefehlt. Bis hierher sind aber alle auf eine Milderung dieser skandalösen Zustände unternommenen Schritte völlig wirkungslos geblieben, obwohl kein Mensch bezweifelt, womit die Prager Staatsbahndirektion den Fortbestand einer Weisung begründet, deren Aktualität längst überholt ist. Es ist kein Zweifel, daß die unfreundliche Einstellung ausländischer Eisenbahnreisenden gegenüber nicht dazu beitragen kann, dem reichsdeutschen oder österreichischen Publikum eine Fahrt ins tschechische Nachbarreich erstrebenswert erscheinen zu lassen. Soviel kaufmännischer Geist sollte man der Staatsbahndirektion immerhin zurauen dürfen, daß sie sich über die Unsinnsigkeit klar wird, die darin liegt, ausländisches Geld erdrossen entgegenzunehmen, wenn die Kunde — und jede einzelne

Reisende ist als Kundschaft zu betrachten — einen Sturm auf die nächsten Postanstalt hinter sich oder einen Bahnhofskegler zwanzig bis fünfzig Kronen Trinkgeld dafür gegeben hat, daß ihm überhaupt die Weiterfahrt auf den tschechischen Bahnhöfen ermöglicht wird! ... Es erscheint doch an der Zeit, den deutschen Reisenden, die immerhin nicht unbedeutende Summen in die Tschechoslowakei bringen, ein bißchen mehr entgegenkommen zu zeigen, als dies gegenwärtig geschieht!

Der Ueberfall auf den Planer Briefträger Der Täter verhaftet.

Eger, 3. Dezember. Die von der Gendarmerie mit großer Umsicht aufgenommenen Nachforschungen nach dem Täter des vorgestern an dem Landbriefträger Engst verübten Raubüberfalls führten nach gestern zu einer restlosen Aufklärung des Falles. Der Täter ist der 35jährige Dachdeckermeister Heinrich B e d e r aus Leckau bei Wersitz, geboren in Wagram (Niederösterreich). Der riesenhafte Mann hat die Tat nach seiner Gegenüberstellung mit dem im Planer Krankenhaus danieliegenden Briefträger eingestanden und wurde ins Egerer Kreisgericht eingeliefert. Bede hatte sich dem Briefträger angeschlossen, als er sich auf der Arbeitsruhe befand. Unterwegs konnte er sich zufällig überzeugen, daß der Landbriefträger eine größere Geldsumme bei sich trug, schlug ihn nieder und raubte ihm die Tasche. Ein Müller, bei dem Bede nach der Tat einkehrte, führte die Gendarmerie auf die Spur des Täters.

„Sozialisten“ nach Glabits Sinn.

Seiten enthält sich das wahre Gesicht mancher „Sozialisten“ treffender, als bei Katastrophen und Grausamkeiten, die von der herrschenden Klasse gegen die Arbeiter inszeniert werden. Schon eine Stunde, nachdem die Tragödie von Freywaldau in Prag bekannt wurde, wuzte das „A-Zet“, ein im hochschön-nationalsozialistischen Verlag erscheinendes Boulevardblatt, zu künden, daß die Kommunisten wieder einmal die Blutschuld an dem Leben der Arbeiter trifft, schon ohne Augenschein oder irgendwelche Ueberprüfung war es dieser Gruppe von „Sozialisten“ ganz klar, daß die brave und als rücksichtsvoll bekannte Gendarmerie kein Schein von Schuld treffen konnte, daß die blauen Bohnen wieder einmal ganz notwendig in Arbeiterleiber gejagt wurden. Das Echo des Blutbades ist nach dem „Sozialisten“ ein Signal zur Ruhe und Arbeit, und wenn man sich schon nicht des längeren über diese Art von Ruhe auslassen will, so würde jeder Wertarbeit dem zureichenden Arbeiterblut dankbar sein, wenn in ihm etwa „Gruber“ Alois betrauen würde, welche Arbeit im Freywaldauer Bezirk von den Arbeitlosen aufgenommen werden könnte. „Die ganze Dessenität muß sich zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung ermannen.“ hoffentlich wird diese Presse bald die erfolgreichen Versuche zu künden wissen. Im gestrigen Blatt wird nun diese Linie, die jedem ehrlichen und modernen Reaktionsär entsprechen dürfte, in ganz eindeutiger und würdiger Weise fortgesetzt: „Die Gendarmen waren geradezu am Leben bedroht.“ „Erstienstrogen werden nicht mit Blut geregelt.“ (was ganz richtig ist, nur richtet sich dieser Vorwurf gegen die Verhetzer, d. i. die Arbeiter), die Rede des Innenministers wird sorgfältig wiederholt und ganz genau erklärt, warum auch bei humanster Mentalität die Demonstrationen von rückwärts verlesen wurden; der Gipfel ist aber in dem Satz erreicht, wo berichtet wird, daß der tschechische nationalsozialistische Abgeordnete Richter am Tatort Stöße, Stangen, Salz und Pfeffer gefunden hat und daß er mit eigenen Augen den vollkommen mit Blut bedeckten Mantel des Kommandanten und eines Gendarmen gefunden hat. Wenn aber nur ein ruhig und objektiv denkender Mensch das betreffende Blatt kontrolliert hätte, dann wären gewiß nicht Photographien veröffentlicht worden, welche die Schuld der Gendarmen erweisen. Auf den Bildern sieht man nämlich ganz einwandfrei, daß die Toten nicht etwa dort liegen geblieben sind, wo sich angeblich die „angreifende Masse“ befand, sondern einige Schritte dahinter, ja einer der Toten ist sogar in einer feinen Zeitungscafé gefunden worden. Da es sich nun bei den Leichnam Tatort Anmerkungen um Verleumdungen handelt, die sofort tödlich sein mußten, ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß auf bereits fliehende Gekerkerte wurde; womit wohl wieder einmal die Aufschuldung der Gendarmerie erwiesen ist. Mit keinem einzigen Kronenwort wurde bis jetzt in der tschechischen nationalsozialistischen Presse der Versuch gemacht, die Arbeiter zu entschuldigen, man wirft dort; nur Zorn auf Stein gegen die Arbeiter; womit allerdings dem Sozialismus des Herrn Beneš entsprochen sein dürfte.

„Uebertritt“ in die Konfessionslosigkeit ist „Religionswechsel“. Der Verwaltungsgerichtshof in Wien befaßte sich Dienstag mit der Frage, ob Konfessionslosigkeit ein Glaubensbekenntnis sei oder nicht. Der Verwaltungsgerichtshof erklärte, nach den Worten von St. Germain sei das Wort „Religion“ keineswegs auf die anerkannten Bekenntnisse beschränkt, sondern umfasse jede Art von Glauben, Religion oder Bekenntnis, also auch solche in Oesterreich ausdrücklich nicht anerkannte. Als konfessionslos sei in Oesterreich derjenige zu bezeichnen, der keiner gesetzlich anerkannten Kirche angehöre. Ein Konfessionsloser habe keineswegs gar keine religiöse

Beltanschauung und ebenso wenig könne von ihm gesagt werden, daß er gar keinem Bekenntnis angehöre. Es sei somit kein Grund, einem Uebertritt in die Konfessionslosigkeit die Eigenschaft eines Religionswechsels abzusprechen.

Schwerer Autounfall bei Brüx. In der Nähe der Grube „Minerva“ auf der Straße Brüx-Überleutensdorf stießen zwei in entgegengelegter Richtung fahrende Automobile, ein Lastwagen und ein Personenauto, in voller Fahrt aufeinander, wobei das Personenauto fast völlig zertrümmert wurde. Die Insassen des Unglückswagens, der Chauffeur und ein Mitfahrer, wurden schwer verletzt; unter den Trümmern hervorgerissen und ins Brüxer Krankenhaus übergeführt.

Reisekosten der politischen Beamten. Die Bezirksbehörde Olmütz-Land hat allen Gemeinden, in denen die konstituierenden Sitzungen der neugewählten Gemeindevertretungen stattgefunden haben, die Reisekosten der zu diesen Sitzungen entsendeten Amtsabgeordneten vorgeschrieben. Diese Erfassung ist gesetzlich nicht begründet. Nach § 59, Absatz 2, der Gemeindeverwaltungsordnung erfolgt die Intervention der politischen Behörden bei den konstituierenden Sitzungen der Gemeindevertretungen von Amts wegen, also nicht über Antrag. Es sind daher die Voraussetzungen des § 127 der Verordnung über das Verwaltungsverfahren, Bz. Nr. 8/1928 für derartige Erfassungen nicht gegeben.

Egerregulierung bei Saaz. Aus Saaz wird uns berichtet: Bei einer unter Teilnahme von Vertretern der Stadtgemeinde Saaz, der Bezirksvertretung und der interessierten Gemeinden Bezdieb und Ribnau fand dieser Tage die kommissionelle Begehung des Egerers auf der Strecke Saaz-Bezdieb-Ribnau statt. Die an der Kommission teilnehmenden Interessenten erklärten ihre Bereitwilligkeit zur Leistung entsprechender Beiträge für die Durchführung der beiderseitigen Regulierungsarbeiten, so daß die Möglichkeit einer baldigen Inangriffnahme der Arbeiten und einer entsprechenden Anzahl von Arbeitslosen eine Erwerbsquelle erschlossen erscheint.

Rückständige Miete — Möbelplünderung — Doppelmord. Aus Frankfurt a. M. wird berichtet: Als ein Gerichtsvollzieher Mittwoch vormittag aus einer Wohnung Möbel abtransportieren lassen wollte, die wegen rückständiger Miete gepfändet worden waren, fand er die Wohnung verschlossen vor. Er ließ die Türe aufbrechen. Nachdem schon mit dem Abtragen der Möbel begonnen worden war, fand man in der Küche der Wohnung die beiden Wohnungsinhaber, eine 49jährige Frau und ihren 41jährigen Ehemann, auf einer Matratze liegend, auf. Sie hatten sich mit Cyanid vergiftet und den Gashahn geöffnet. Aus einem hinterlassenen Schreiben geht hervor, daß der Gram über die Pfändung ihres letzten Eigentums die beiden Eheleute in den Tod getrieben hat.

Beim Torpedoschießen sind Mittwoch abends bei Kiel die beiden deutschen Torpedoboote „Falk“ und „Albatros“ zusammengefahren. „Albatros“ wurde nur gering beschädigt, „Falk“ hat Bugschiffe und abongelassen. Beide Fahrzeuge liegen jetzt zur Reparatur im Arsenal. Personen sind nicht verletzt worden.

Hilferufe eines Dampfers. Der Dampfer „Verailles“, der im Kanal Dienst versieht, hat nach einer Meldung aus London, Hilferufe ausgesandt. Man glaubt, daß er einen Steuerdefekt erlitten hat und die Richtung verlor. Hilfschiffe sind abgesandt worden. Der Dampfer konnte schließlich bei dem englischen Hafen New Haven im Meere vor Anker gehen; er befindet sich vorläufig in Sicherheit. An der Seite des beschädigten Dampfers steht ein Schleppdampfer bereit, der das Schiff in den nächsten Hafen bringen wird. Die Maschinen funktionieren normal.

Falsche „Van Gogh“. Die Staatsanwaltschaftsbrüning auffordert, so Otto Wacker Anklage wegen falschen Betruges und wegen Falschmünzes zu erheben. Der Angeklagte hat in den Jahren 1925/28 30 Gemälde mit dem Ramenszug „Van Gogh“ zu einem Durchschnittspreis von mehr als 10.000 Mk. verkauft. Diese Gemälde sind, wie später festgestellt wurde, sämtlich nicht von Van Gogh gemalt. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, diese Gemälde in Kenntnis ihrer Unacht; als solche Van Gogh-Bilder veräußert zu haben und zwar zu Preisen, wie sie nur für echte Werke Van Gogh bezahlt werden.

Königin von Polen? Die Soubrette am Stadttheater von Szegedin, Frä. Annemarie Knydos-Kelown, behauptet trotz aller politischen Wandlungen in den letzten Jahrhunderten, Anspruch auf die polnische Königskrone zu haben. Nach ihren Angaben stammt sie in derager Linie von Stanislaus I. ab, der im Jahre 1704 zum König von Polen ernannt, 1709 aber, nach der Schlacht von Poltawa, wieder abgesetzt wurde. Die Soubrette von Szegedin will durch Vorlegung von Dokumenten ihren Anspruch nicht nur als berechtigt beweisen, sondern auch geltend machen. Schönheitskönigin von Szegedin ist sie übrigens schon.

Chicago ohne Geld. Die Schulden von Chicago haben seit April dieses Jahres nur ein einziges Monatsgehalt ausgezahlt erhalten. Augenblicklich sieht sich die Stadtverwaltung nicht einmal in der Lage, die Leichter-Gehälter für die Polizei und für die Feuerwehr zu zahlen. Bürgermeister Cermar rief deshalb die 50 reichsten Einwohner der Stadt zusammen, und beschwor sie, mit ihrer finanziellen Hilfe einzuschreiten, d. h. Steuern voranzuzahlen und eine neue städtische Anleihe vorzubereiten.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.
Sonntag:
 13.25: Deutsche Sendung; 14.10: Schallplatten; 15.25: Deutsche Sendung; 16.30: Musik des Morgenlandes; 17.40: Kompositionen von Chopin — Mähr.-Ostrow; Schallplatten; 18.25: Slowakische Volksgesänge; 19.25: Orchesterkonzert; 17.20: Marienbühnenkonzert; 20.25: Slowakische Volksgesänge; 21: Militärmusik. — **Berlin:** 16.40: Plafordkonzert; — **Königsberg:** 19.30: Aus Wagners letzten Tagen. — **Leipzig:** 21.15: Festkonzert. — **Wien:** 16.55: Gedächtnis aus dem Wienerwald. — **Woflau:** 19.30: Konzert.

Weniger Schallplattenmusik im Rundfunk. In Deutschland machten die Grammophonhändler die Wahrnehmung, daß der Absatz von Schallplatten täglich sinkt. Die Ursache wird darin gesucht, daß der Rundfunk zu viel Grammophonmusik sendet, weshalb die Händler eine Verringerung der Sendung von Schallplatten verlangen. — Eine ähnliche Aktion ist auch bei uns vorgesehen. Gegen die Schallplattenkonzerte im Rundfunk traten auch Musiker, engagamentlose Künstler und schließlich auch manche Rundfunkhörer auf. Wie verläuft, soll tatsächlich bei uns nun weniger Schallplattenmusik gesendet werden, damit mehr arbeitstätige Künstler und Musiker beschäftigt werden können.

„Uniform“ für Prostituierte. Der Polizeipräsident von Konstanz (Rumänien) hat angeordnet, daß die Prostituierten der Stadt in Zukunft nur noch in einer bestimmten vorgeschriebenen Kleidung ihrem Gewerbe nachgehen dürfen. Die Prostituierten haben eine knausröde Bluse und eine schwarze Schürze sowie als besonderes Kennzeichen eine von der Prefektur ausgegebene nummerierte Blechmarke zu tragen, die in den kalten Monaten sichtbar am Mantelausschnitt zu befestigen ist. Auch die anderen rumänischen Städte planen ähnliche Maßnahmen, um auf diese Weise das Uebelhandnehmen der Prostitution zu bekämpfen. Ein Vorkahreer Platt meint ironisch, daß man auch jene stinkigen Prostituiertenblechmarken als wechwerdente Anzeichen andängen solle.

Das große Stratosphärenrennen.

Auch Frankreich beteiligt sich an dem Vorstoß in den Weltraum.

Aber Voraussicht nach ist für das nächste Frühjahr eine Pause in Stratosphärenflügen zu erwarten. Der Assistent von Professor Picard, Ingenieur Ripier, trifft Vorbereitungen zu einem neuen Stratosphärenausflug von Augsburg aus. Professor Picard selbst plant einen Aufstieg in die Stratosphäre in der Nähe des magnetischen Pols. In England haben sich die beiden Sportsleute Eustace und Oswald Eford das gleiche Ziel gesetzt. Und mit einem regelrechten Stratosphärenflug beschäftigt auch die Junkerswerke in Dessau in die Stratosphäre vorzudringen. Probeweise ist die Maschine bereits wiederholt aufgestiegen, hat aber noch nicht die dünne eifrige Luftschicht von 20 Kilometer Höhe erreicht.

Frankreich tritt mit Junkers in Wettbewerb. Die Harmon-Werke in Villancour bei Paris bauen ein Stratosphärenflugzeug von 500 PS mit Riesenflügeln und einer luftschalenförmig geformten Kabine aus Metall. Schon in einem Monat soll voraussichtlich der erste Probeflug stattfinden.

Die Stratosphärenmaschine der Harmonwerke ähnelt äußerlich dem bekannten Harmontyp, der sich schon seit vielen Jahren auf den europäischen Passagier- und Postlinien bewährt hat. Die Maschine ist fast vollständig ausgerüstet. Es fehlen nur noch die Bespannung der Flügel, der Betriebsstoffbehälter und einige Instrumente. Der charakteristische Teil der Maschine ist die luftschalenförmige Kabine aus Metall. Schon in einem Monat soll voraussichtlich der erste Probeflug stattfinden.

Aus Gründen der Widerstandsfähigkeit wurde für die Metallkabine die zylindrische Form gewählt. Der Druck von innen ist nämlich in der dünnen Luft der Stratosphäre so stark, daß die Kabine sonst zerplatzen würde. Drei eingebaute Kompressoren sollen einen normalen Luftdruck aufrecht erhalten. Außerdem sorgen die Kompressoren für die dem Motor in großen Höhen notwendige Luftzufuhr.

Außer der Kabine übertrifft besonders die gewaltige Flügelfläche. Die Konstrukteure haben berechnet, daß die Maschine in der dünnen Stratosphäre, in der die Propeller und die Flügel weit weniger Widerstand erfahren als in normalen Luftschichten, eine viel größere Ausflugsfläche braucht.

Der Motor ist ein Spezial-Harmanntyp von 500 PS mit hängendem Zylinder und oben angeordnetem Nockenmechanismus. Diese Konstruktion gibt dem Piloten, der durch die dicken Glasscheiben der Kabine sieht, ein viel größeres Gesichtsfeld als bei den Motortypen, bei dem die Nockenmechanik wie bei den Automotoren unten angeordnet ist.

Professor August Picard, der als Ballonfahrer den Weltreize für einen Flug in die Stratosphäre hält, vertritt den Standpunkt, daß Kernanflüge in die Stratosphäre praktisch durchführbar sind, und daß es nur darauf ankommt, geeignete Maschinen technisch richtig auszurüsten. Nach seiner Erklärung beruht in den oberen Regionen völlige Windstille, so daß dünne und ruhige Flüge durchaus im Bereich des Möglichen liegen.

Ehe mit einer „Toten“ . . . Das Gericht in Rom wies in einem der langsamsten Prozesse, die sich in den letzten Jahren abspielten, die Klage auf Nichtigkeitserklärung der Ehe des Rechtsanwaltes Camozzini ab. Als Klagegrund hatte der Rechtsanwalt angegeben, daß er sich beim Abschluß der vor Jahren mit der Signorina Vittoria Cantiga abgeschlossenen Ehe in der Person geirrt habe. Der Rechtsanwalt erklärte, er habe eine andere geheiratet, als die, die er heiraten wollte. Camozzini ist nämlich Spiritist. Er hat Wahrvorstellungen über die Rückkehr der Seelen auf die Erde. Er glaubte „in spiritistischer Erleuchtung“ lebe die Seele einer in jungen Jahren gestorbenen Jugendgeliebten habe sich in seiner Frau verkörpert. Nur deshalb hätte er sie geheiratet. Als er sah, daß er sich getäuscht hatte, drängte er auf Nichtigkeitserklärung der Ehe. Aber das Gericht verfügte, daß es weder die Möglichkeit der Seelenwanderung noch einen Irrtum in der Person anerkennen könne. Denn der Glaube an ein vorgefaßtes und bestimmtes Ideal, das man später in einer anderen Frau zu finden meine, sei den meisten Verliebten und Verlobten eigen und die Enttäuschung darüber, es doch nicht gefunden zu haben, ebenfalls. Diesen weltlichen Vorgang, meinte der Richter, könne man gut auch ohne Seelenwanderung erklären und verstehen.

Auch in Hollywood . . . Die Filmfirma Warner Brothers in Hollywood hat ihre Stargagen um 20 bis 30 Prozent abgebaut. Die Bühnen und Gehälter der in der Filmindustrie tätigen Arbeiter und Angestellten wurden um 15 Prozent gekürzt.

Gerichtssaal

Sodomie.

Prag, 3. Dezember. Während das heutige Schwurgericht in pechdicker Verhandlung eine Anklage wegen Blutschande zu richten hatte, die mit einem Freispruch endete, da sich das belastende Material als unwilliger Klatsch herausstellte, wurde vor dem OGH Reduád ein anderes Straftatbestandsdelikt verhandelt, das vor unseren Gerichten verhältnismäßig selten zur Austragung kommt. Ein Bauerntöchter war des Verbrechens der Unzucht mit Tieren angeklagt. Sodomie nennt man gewöhnlich das Delikt, dessen sich der Angeklagte schuldig gemacht hat. Er wurde dabei betreten, wie er eine Ziege mißbrauchte. Natürlich war auch diese Verhandlung geheim.

Die Ansicht des modernen Menschen von diesen Dingen ist naturgemäß eine andere, als die unserer Vorfäter vor hundert Jahren. Mag unser Wissen um die Geheimnisse von Natur und Geist, Körper und Seele auch noch so lückenhaft sein — so weit sind wir denn doch schon gelangt, daß wir die Abnormalitäten und Perversionen des Geschlechtsempfindens auf keinen Fall in die kriminelle Sphäre verweisen, so weit sie nicht in ihren Auswirkungen und Folgen zu tatsächlichen Taten führen. Wir überlegen solche Fälle weit lieber dem Psychologen als dem Strafrichter. Sigmund Freud hat dem Studium des menschlichen Trieblebens Bahn gebrochen und neue Betrachtungs- und Behandlungsmethoden keltischer Tektite nachgewiesen. Womit bedient sich die medizinische und erzieherische Praxis, wenn auch nicht vorbehaltlos, dieser Forschungsergebnisse. Die Justiz aber darf die neue Zeit nicht zur Kenntnis nehmen. Man traktiert die nicht zur Reue gekommenen mit diesem Makamstück von einem Strafgefängnis aus dem Jahre 1808 und daß ein Gefangener von solch greulichem Alter Tatbestände aufstellt, die wir als lächerlich und schädlich empfinden, kann schließlich niemanden wundern.

In diesem Falle bot indessen die Sachlage Gelegenheit zu einem salomonischen Urteil. Das Beweisverfahren ergab, daß er zur fraglichen Zeit betrunken gewesen war, und so verurteilte ihn der einsichtige Richter nur wegen der Uebertretung der Trunkenheit zu zehn Tagen Arrest, freilich unbedingt. rh.

Zehn teure Zigaretten — ex 1920.

Ein ehrenwürdiger Akt.

Prag, 3. Dezember. Mit stiller Rührung betrachtet man die vergilbte Anklageschrift „Ex 1920“. Damals gab es noch keine amtlichen Druckarten, die junge Republik behalt sich mit provisorischen Lithographieren Formulare. Mit verblähter Tinte steht da zu lesen, der Kellner K. N. habe sich des Verbrechens gegen das Wuchergesetz vom Jahre 1919 schuldig gemacht. Er hat zehn Zigaretten einem Herrn Robert Fernann verkauft — es war auf der Rudolfsbader Rennbahn — und hat dafür 15 Kronen verlangt.

Man verkauft in Tränmerel. 1920! Der erntet sich nicht an jene Zeit, wo die Kegyptische im Kaffeehaus (denn sonst war sie ja nirgends zu haben) eine Krone kostete, die auch ohne Krutzen bezahlt wurde. Auch 120 K zahlte man in manchen Orten. Aber 150 K — das war dem Käufer zu viel und er ließ die Polizei. So wurde diese Anklageschrift geboren. Wucher!

Und siehe! Ein Jahre gingen ins Land. Konjunktur und Depressen, Schiedungen und Glend, Vohnabbau und Wirtschaftskrise und tausendfache andere große und kleine Begebenheiten. Der geschäftstüchtige Kellner aber ging nach Amerika und weil er seine Talente auch dort nicht ver-

4 Geschenke in einem . . .

... und eines so schön wie das andere! Elida-Weiße-Rose-Seife, Elida-Creme und Eau de Cologne. Wie entzückend die Kassette, wie praktisch der Inhalt!

Unter den 24 verschiedenen Elida-Weihnachtskassetten finden Sie sicher die passende!

ELIDA WEIHNACHTSGESCHENK KASSETTEN

DAS IMMER ERWÜNSCHTE

knugnete, lehrte er als reicher Mann heim. Heute ist er Restaurateur in Prag.

Aber die Gerechtigkeit schloß nicht. Noch bestand sich ein unerledigter Akt in Evidenz des hiesigen Strafgerichtes, noch waren die zehn überwerteten Zigaretten nicht gelöhnt. Verjähren konnte der Fall nicht, weil der Angeklagte außer Stande gewesen war. Und so mußte der Restaurateur verantworten, was er als Kellner verbrochen. Heute richtete ihn OGH. Rasál als Einzelrichter. Da aber Belastungszeugen nicht auftraten und kein Mensch mehr um die Sache Näheres weiß, so blieb nichts übrig, als der Verantwortung des Angeklagten, er habe selbst die Zigaretten so teuer gekauft und sie überhaupt nur aus Gefälligkeit abgegeben, Glauben zu schenken und ihn freizusprechen.

Und damit geht auch der greise Akt zur wohlverdienten Ruhe ein. rh.

Nach elf Jahren

stellt sich ein Totschläger den Behörden.

Prag, 2. Dezember. Im November des Jahres 1920 — vor elf Jahren — ereignete sich auf dem Hof Kej bei Prag eine Untat, die erst heute ihre gerichtliche Austragung fand. Der Tatbestand ist einfach genug. Am kritischen Tage waren einige Arbeiter des Gutes damit beschäftigt, Kompost abzuladen. Fünf Wagen standen vor der Aulobststelle, der vorletzte wurde vom Kurier Peter Tula geführt. Hinter ihm kam sein Kollege Ho-

lesek gefahren, der den Tula aufforderte, ein Stück vorzufahren, damit auch er, Holecsek, abladen könne. Als Tula der Aufforderung nicht nachkam, jagte Holecsek das Schengepann seines Vormannes, um selbst den Wagen vorzuziehen. Tula geriet darüber derart in Wut, daß er mit dem Stiel der Mistgabel, die er in der Hand hielt, dem Holecsek einen Hieb über den Kopf verleierte. Der Getroffene schlenkerte eine Hand nach dem Angreifer, ohne ihn aber zu treffen. Man nannte die Streitenden und die Sache schien erledigt.

Nach einiger Zeit flugte Holecsek über Kopfschmerzen und Brechreiz und der Schaffer schickte ihn nach Hause. Er begann zu phantazieren. Gegen 8 Uhr abends wurde er still und der herbeigeholte Arzt erkannte, daß er bereits in Agonie liege. Gegen Morgen starb er. Tula verstand, als er von dem tragischen Ausgang seiner unüberlegten Tat vernahm und wurde auch nicht ausgeforscht. Er arbeitete auf verschiedenen Höfen unter dem Namen Peter Sumersda und die Sache schien vergessen. Er hatte eine Lebensgefährtin, mit der er fünf Kinder zeugte und die er nun heiraten will. Da er aber nach seiner Aussage unter tiefen Gewissensbissen zu leiden hatte, beschloß er, vor seiner Hochzeit erst mit der Bergangeneheit abzusprechen. Er ging also zum Genarmstereoposten und stellte sich freiwillig. Heute hatten die Prager Geschworenen den Fall zu richten.

Sie verneinten die Schuldfragen und Peter Tula wurde freigesprochen. rh.

Bücherschau.

So macht man Dollars.

Ein richtiger hundertprozentiger Amerikaner pflegt auf völlerbefreiende Ideen und auf die sogenannten menschlichen Gefühle. Er hat nur eines im Sinn: Wie macht man Dollars? Dieser Gedanke bewegt nicht nur die Aristokraten der Börse und die Cellönige und die Grubenmagnaten, er tumort auch in den Köpfen der kleinen Farmer und Lohnarbeiter, und es ist die Regel, daß der vorher bescheidenste Mittelkorporist nur noch von Dollars spricht und träumt, sobald er die Quarantäne passiert hat. Es macht ihm gar nichts aus, daß er dabei über Leiden gehen muß. Als er eines Tages merkt, daß er selbst dazu bestimmt ist, den Weg des Erfolges mit seiner ererbigen Existenz zu pflastern. Das System läßt — aus reklametechnischen Gründen — ab und zu einen Stellungskrieg ausklingen lassen werden, und solange das in jedem Jahrhundert einmal möglich ist, solange ist das System heilig und unantastbar.

Upton Sinclair, einer der bestgeachteten Männer im Lande des Dollars, hat dem modernen Amerika schon oft einen schonungslosen Spiegel vor das Gesicht gehalten. Seine mutigen Romane enthalten alles, was über Amerika zu sagen ist; aber noch nie ist ihm ein Roman so geglückt, wie das neueste Buch, das jetzt unter dem Titel „So macht man Dollars!“ im Malik-Verlag und in einer Nebenangabe für die Mitglieder der Bücher-gilde Gutenberg (vornehm ausgestattet, in Leinen 3 Mark) erschienen ist. Es hat vor allem den Vorzug, daß es nicht wieder so ein dicker Wälzer ist. Das Buch ist sehr konzentriert geschrieben, „essend und — etwas Neues bei Upton Sinclair — sehr witzig.

Es ist die Geschichte eines jungen Amerikaners, der „sein Glück macht“. Als kleiner Junge streift er einmal einen Luxuszug wegen eines Maschinen-defekts in einem kleinen Ort halten, vornehme Damen und Herren steigen aus und vertieren sich die Reine, und da paßt den Jungen der Wunsch, auch so ein kleiner Herr zu werden, einen Geßpels zu tragen und eine so hübsche und sicher sehr teure Frau am Arme zu führen. Nun, der Junge schafft es. Er tut nichts, ohne daran zu denken, wie man Dollars macht. Es gelingt ihm, in die Nähe des

Reichtums zu kommen, und schließlich heiratet er ein millionenschweres Mädchen, das schnell einen Mann braucht, weil es ein Kind bekommt und behalten will. Aber er ist noch nicht zufrieden. Geld will Geld machen, also spekuliert er, beutet er aus, ruinert er andere. Im höchsten Augenblick seines Erfolges verliert er seine Frau, weil er sie vernachlässigt hat. Er überwindet auch das und ist fortan nur noch der Mann, der Dollars macht, nun erst recht.

Dieser Roman ist keine schnelle Reportage, kein Tendenzbuch, er ist ein gut gebautes Kunstwerk, eines der besten Bücher von Upton Sinclair. Die Wüßergilde hat wieder einen guten Griff getan.

„Verdammtes Gold.“ Roman von Liam O'Flaherty. 438 Seiten. S. Fischer Verlag, Berlin. Ein seltsames Land und merkwürdige Menschen darin müssen es sein, Menschen mit ungezügelter Urtriebe und wildsten Leidenschaften, von denen diese aufwühlende Geschichte handelt. Eine irische Kleinstadt: „barbarisches Essen, barbarische Gesellschaft, völliger Mangel einer sozialen Moral, Kultur und geistigen Tüchsamkeit“. In dieser Umwelt spielt die Handlung, nein, rast sie dahin, ein wahrer Völlenbreiengel unheimlicher animalischer, von Dämonen gepfeiften Leidenschaften. Dämonen sind Gold und Liebe, nicht bloß das Gold, das die Beutegier der Menschen bis zum Wahnsinn treibt, auch das feingepönnene Gold des Frauenhaares. Trägerin dieses goldschimmernden Haares ist die junge Frau Ramon Mor Castellos, eines brutalen Gwalmenschen, Gelbhalses und Wuchters, der durch seinen Reichtum und skrupellosen Geschäftspraktiken sich die armen Menschen der Kleinstadt unterworfen hat. Als er sie heiratete, wußte sie noch nichts vom Leben, was sie zu ihm trieb, war eine Art Ehrfurcht vor dem großen Mann. Schon in den ersten Tagen wurde die Ehe zur schweren Enttäuschung, ja zur Hölle, seine Mutter und Schwesler belauern und hassen sie, er entsuppt sich als Ungehör, roh, gemein, dessen Liebesgier im umgekehrten Verhältnis zu seinen Liebeskräften steht. So bleibt Nora in ihrer Ehe eigentlich unberührt, was dahin führt, daß Ramon ihr durch Eifersucht und Qualereien das Leben erst recht unerträglich macht. Während schön, wie sie ist, weckt sie das blicke Begehren anderer Männer, jenes des jungen O'Reill und des Paters Confidine — Konfliktstoffe

sind in Hülle von der ersten Seite an gegeben und die Tragödie ist unausweichlich. Die Handlung ist bewegt und reich an spannenden Momenten, was aber das Buch so ungemein beachtenswert macht, das ist die grandiose Kunst der Menschengestaltung durch den Dichter. Eine Kunst, verbunden mit einer elementaren Kraft, deren Echtheit und Reife nur von wenigen der lebenden Schriftstellergeneration erreicht wird.

„Die drei schwarzen Pennys.“ Roman von Joseph Hergesheimer. Ernst Rowohlt Verlag, Berlin. An der Geschichte einzelner Personen dreier Generationen zeigt der Autor das Werden und Wachsen des heutigen Amerika, es entwirft Bilder dieses Entwicklungsganges von Lebensbeschäft und doch hat dieses wenig von dem an sich, was man als das typisch Amerikanische gemeinlich bezeichnet. Joseph Hergesheimers Bilder und Gestalten sind in seinen Erzählen und zarten Pastellfarben gemalt. Seine Gestaltungsgabe fand schon in dem diesem Buche vorangehenden Roman „Das Pariser Abendkleid“ plastischen Ausdruck, nicht minder bewährt sich seine psychologisch tiefgründende und vergebenswärme Kunst in den „drei schwarzen Pennys“, einem Buche, das, wenn man die ersten zwei, drei Dupend Seiten gelesen hat, einen mit unwiderstehlicher Kraft packt und bis zur letzten Zeile nicht losläßt. Ein Howat Pennay, ein Jasper Pennay und nochmals ein Howat Pennay, das sind die drei Wanegehalteten, Repräsentanten einer aus England nach Amerika eingewanderten Familie, die inmitten der damals noch ursprünglichen, inmitten amerikanischer Wildnis zum Hionier der amerikanischen Industrie wurde. Vom primitiven Schmelzofen am Rande der amerikanischen Wälder geht die Entwicklung zum modernen Hochofen und Industriebetrieb. Der erste der Pennays ist Kolonist, Jäger und der letzte in der Reihe ein verweichlichtes Wesen, ein Schlingel, dem der Kampf ums Geld, um kommerzielle Ueberlegenheit stets unerträglich erschienen. In die drei Bilder „Schmelzofen“, „Hochofen“ und „Metall“, an denen der Aufstieg und Verfall der Familie dargestellt wird, sind drei Liebesgeschichten verflochten. Das Ganze: eine Familiengeschichte, in der amerikanischen Leben innerhalb der letzten drei Jahrhunderte sich spiegelt und die in kleinem Auschnitt meisterhaft: ein Stück amerikanischer Geschichte dem Leser vermittelt.

„Eine Frau erlebt die Welt.“ Roman von Grete von Urbanitzky. Paul Zsolnay Verlag, Wien-Berlin. Preis Mk. 7.50. Der Lebenslauf Maras, die ihre ersten Lebensjahre in einem kleinen dalmatinischen Dorfe verbringt und von dort durch einen etwas spleenigen Engländer weggeholt wird, ist nicht der gewöhnliche einer Frau. Das dalmatinische Mädchen durchlebt alles, was in den letzten Jahrzehnten eine Frau überhaupt durchleben kann und das Buch ist trotz seines ungewöhnlichen Umfangs von rund 600 Seiten darum niemals ermüdend. Am wirkungsvollsten und interessantesten gestaltet ist wohl der Teil, der ihre Studienjahre während des Weltkrieges in Zürich schildert und da sich dort die kräftigsten Gegenläufe auf kleinem Raum zusammenfinden: einerseits die Trübeberge aus aller Herren Länder, andererseits die Angehörigen der russischen Kolonie, meist Männer und Frauen, bei denen man die Kraft und Reinheit der Idee spürt und die opferwillig ihre Existenz der Erfüllung sozialer Ideen darbringen, des Augenblickes brennend, der ihrem Volke die Freiheit bringen werde. Alle Zeitungsbeurteilungen der letzten zwei Jahrzehnte spielen in die Handlung des Romans hinein, der dadurch immer gleich spannend bleibt. Maras, in der starke Leidenschaften leben, wird Künstlerin, sie erlebt allen Ruhm einer solchen Laufbahn. Feinlich wirkt, unter welchen Umständen sie das ihr geraubte Kind später wiederfindet. Der Konflikt, vor die sie sich während des Ablaufs ihres Lebens gestellt sieht, sind nicht wenige und schließlich findet sie wieder beim in den slowakischen Süden, wo sie zur Verbinderin einer neuen Heilslehre der Nächstenliebe wird. Manches in dem Roman ist verfliegen, manche der Probleme, die aufgerollt werden, sind kaum welche für den modernen Menschen, aber doch ist vieles darin, das anregt, packt und zum Nachdenken zwingt.

„Vollwieser.“ Roman eines Ehemannes von Oskar Maria Graf. Drei Masken-Verlag, München. Preis geb. Mk. 4.80. Nicht nur die Geschichte eines Ehemannes, sondern die eines seinem Weibe hörigen Menschen, eine Geschichte, die ernsthaft ausgefallen ist, als der Autor beabsichtigt hatte und die trotz der Biederlichkeit dieses Ehemannes, dieses in seinem blinden Vertrauen zu seiner lebenslustigen Frau lächerlichen Ehemannes, erschütternd wirkt. Dieser Vollwieser, keiner Stationsvorstand, lebt seine Frau anhänglich, restlos, doch diese, der ewigen Beschäftigung ihres Gatten überdrüssig, legt nach Abwechslung in der Liebe aus, die für eine gesunde, hübsche Frau nicht schwer zu finden ist. Schwerer ist es schon, ihre Liebeshalten geheim zu halten und so erhebt sich bald in der Kleinstadt ein Gerode, das auch Vollwieser zu Ohren kommt, der aber doch gelegentlich eines Prozesses für die Ehre seiner Frau eintritt und falsch schwört, was ihm Zuchthausstrafe einträgt. Als er aus dem Zuchthaus herauskommt, findet er seine inzwischen geschiedene Frau mit einem der Reichhaber verheiratet, er, der durch sein Weib Ruinert und aus dem menschlichen Fortgeweihe, kriecht als Fährmann ein kümmerliches Leben. Oskar Maria Graf, bekannt durch seine „Kolnberggeschichten“ und durch das Bestenmischbuch „Wir sind Gefangene“, erzählt flott, realistisch, mit guter Kenntnis des menschlichen Drazens.

Weisse Zähne: Odol-Zahnpasta

